Einzelpreis 150 Mark

Halle, Sonnabend, den 7. April

Jahrg. 1923 • Nr. 81

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernruf Nr. 4687. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 208 19 Erfurt. Bezugspreis für April: wöchentl. 900 Mk., monatl. 3600 Mk. inkl. Zustellungsgebühr. Für Selbstabholer 850 Mk. wöch., 3400 Mk. monatl. Durch die Post bez. mon. 3200 Mk. und 200 Mk. Nachgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gespalt. Millimeterzeile 120 Mk., als Reklame im Textteil 500 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormitt. für die lfde. Nr.

Zu spät?

Französische Aktivität.

Die deutsche Reichsregierung wieder in die hilflose Defensivstellung der Gegenvorschläge und papiernen Proteste gedrängt?

Berlin, 7. April. (Soz. Parlamentsdienst.)

Die von uns bereits kurz gestreiften aufsehenerregenden Mitteilungen des „Daily Telegraph" über die Lösung der Reparationsfrage offenbaren sich jetzt in der Tat als Aeußerungen Lorchents, die nicht ohne Wissen der französischen Regierung, insbesondere Poincarés, gemacht worden sind. Offiziell gesteht man das zwar in Paris noch nicht zu, aber die Art, mit der maßgebende französische Blätter die Auslassungen des „Daily Telegraph" behandeln, läßt keinen Zweifel darüber, daß der französische Ministerpräsident die Aeußerungen Loucheurs, wenigstens in seinen Grundzügen, unterrichtet war. Besonders auffallend ist, daß gerade der „Matin", der schon häufiger von Poincaré als Sprachrohr benutzt worden ist, die Aeußerungen des „Daily Telegraph" ausführlich bespricht und sie in wesentlichen Teilen als identisch nicht nur mit den Ideen der französischen Sachverständigen, sondern auch der französischen Regierung bezeichnet.

Das offizielle Frankreich ist nach dem „Matin" mit der Verminderung der deutschen Schuld, wie sie der „Daily Telegraph" als Auffassung maßgebender französischer Kreise bereits mitteilte, einverstanden, und es scheint, daß sich Poincaré auch mit jeder Herabsetzung der Reparationsschuld auf jetzt unter 50 Milliarden zufrieden gibt, wenn der Anteil Frankreichs nicht geringer ist als 26 Milliarden. Auffällig ist jedoch, daß der „Matin" nicht mit einem einzigen Wort die Aeußerung Loucheurs streift, nach der Deutschland die alliierten Schulden an Amerika übernehmen soll. Die Mobilisierung der deutschen Schuld durch eine internationale Anleihe findet dagegen nach der genannten Quelle plötzlich den Beifall der französischen Regierung, die sich jedoch andererseits nur zu einer Räumung des Ruhrgebietes erst bereit finden will, wenn ein vollkommen militärischer Rheinstaat mit einem entmilitarisierten Teil des Ruhrgebietes gebildet und durch eine internationale Polizei überwacht wird. Die Brückenköpfe sollen für die Zeit der im Friedensvertrag von Versailles vorgesehenen Frist von französischen Truppen besetzt bleiben. Also auch hier tritt wieder die Idee in Erscheinung, die Reparationsfrage mit der Lösung des Sicherheitsproblems zu verknüpfen.

Soweit die Herabsetzung der Reparation und die eventuelle Mobilisierung der deutschen Schuld in Frage kommt, scheint die englische Regierung mit der französischen einer Meinung zu sein. Anderer Auffassung ist sie jedoch über die Einrichtung einer rheinischen Republik und die Entmilitarisierung der rheinischen Gebietsteile. Diese beiden Punkte bilden zweifellos die Hauptschwierigkeiten bei eventuellen Verhandlungen, nachdem Frankreich aus guten Gründen an der Verknüpfung der Reparationsfrage mit dem Sicherheitsproblem festhält. Die deutsche Republik kann sich nie einverstanden erklären mit der Zersplitterung seiner Gebietsteile, die dem Versailler Vertrag zuwiderläuft und die in ihrer Auswirkung den französischen annexionistischen Bestrebungen dienen soll. Aber schon die Tatsache, daß sich die beiden maßgebenden alliierten Regierungen über einen Teil der Lösung des Reparationsproblems, wenn auch nur in der Theorie, einig sind, sollte die deutsche Regierung zu besonderer Aufmerksamkeit veranlassen. Uns scheint der Augenblick gekommen, wo es heißt, ernsthaft aktive Politik zu treiben!

•

Zu der Auslassung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes ist folgendes zu sagen: Wie unseren Lesern bekannt, fordern wir nicht erst seit heute, daß die Regierung zu einer aktiven Politik übergeht, die allein die Beendigung des Ruhrkonflikts in einer für Deutschland annehmbaren Weise herbeiführen kann. Uns liegt heute eine Pariser Meldung vor, in der es heißt: „Die Belgier seien immer der Anschauung gewesen, daß man es nicht Deutschland überlassen solle, ein Reparationsprogramm vorzulegen." Das ist ein Beweis dafür, daß man in den uns gegnerischen Ländern eine eventuelle Aktivität der deutschen Politik fürchtet und der Auffassung ist, daß damit den Regierungen in Paris und Brüssel die Karten aus der Hand geschlagen werden. Das ist auch unsere Auffassung. Leider hat die deutsche Regierung bisher nichts, aber auch rein gar nichts getan. Die gelegentlichen Versicherungen, daß man zu Verhandlungen jederzeit bereit sei, wurden durch die Cunoschen Entgleisungen in München und Stuttgart reichlich wieder aufgehoben. Die Angst vor den Deutschnationalen beherrscht, wie der Genosse Herz im heutigen Leitartikel sehr richtig ausführt, seit Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung das Berliner Kabinett. Jedes Regierungsäußerung über den Willen zur Verständigung folgte in Form der bekannten Durchhaltepharse eine Verbeugung vor den Deutschnationalen. So hat man den glücklichen Anfang einer aktiven, im Interesse Deutschlands liegenden Verständigungspolitik nahezu vollkommen verschüttet. Die französische Regierung ist auf und daran, der Reparationspolitik wieder Tempo und Weg vorzuschreiben. Und die Reichsregierung wird höchstwahrscheinlich wieder hinterherstatten und sich mit Aeußerungen, Gegenvorschlägen und wirkungslosen Protesten begnügen. Eine unglückselige Methode, die leider das Charakteristikum der gesamten deutschen Außenpolitik seit jeher darstellt. Wenn darum der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: „Uns scheint der Augenblick gekommen, wo es heißt, ernsthaft aktive Politik zu treiben", so müssen wir dem hinzufügen, daß die besten Voraussetzungen dazu bereits erbaut worden sind und daß wir, nach den bisherigen Erfahrungen mit der Regierung Cuno zu urteilen, kaum hoffen dürfen, daß man im beschleunigten Tempo das nachholt, was bisher unter dem Druck der deutschnationalen Katastrophenpolitiker versäumt worden ist. Ob die Regierung Cuno überhaupt den Willen und die Entschlußkraft besitzt, die Möglichkeiten einer Liquidierung des Ruhrabenteuers zu erschöpfen, darüber werden die nächsten Wochen wahrscheinlich gründlich Auskunft geben. Wie die Dinge aber auch immer gehen mögen, mit der Politik des laisser faire muß Schluß gemacht werden. Eine Regierung, die sich nur hinter nationalen oder allgemeinen moralischen Redensarten verschanzt und ihre Kräfte lediglich in papiernen Protesten verausgabt, ist nicht berufen, das deutsche Volk aus dem Chaos herauszuführen.

Das Schicksal des Landessteuergesetzes.

Von Paul Hertz.

Im jetzigen Reichstag begegnen Steuervorlagen ungeheuerlichen Schwierigkeiten. Nie ist die parteipolitische Betrachtung so vorherrschend gewesen wie gegenwärtig, nie die Abneigung gegen Besitzbelastung so groß wie heute, wo eine rein bürgerliche Regierung die Geschicke Deutschlands leitet. Seit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung sind die bürgerlichen Parteien und die Regierung in Abhängigkeit von den Deutschnationalen geraten, die damit auch zum entscheidenden Faktor bei der Steuergesetzgebung geworden sind.

Ebenso schwierig, ja noch schwieriger als die Erledigung des Geldentwertungsgesetzes gestaltet sich die Verabschiedung des Landessteuergesetzes. Vor einer Reihe von Wochen ist seine Beratung im Steuerausschuß des Reichstags unterbrochen worden, weil sich eine positive Stellungnahme zu dem wichtigsten Punkte der Vorlage, der Erhöhung der Umsatzsteuer, nicht erzielen ließ. Die bürgerlichen Parteien, die das Geldentwertungsgesetz mit voller Absicht gegen die Sozialdemokratie verabschiedet haben, wollen der Umsatzsteuer nur zustimmen, wenn auch die Sozialdemokratie dabei mitwirkt. Wo es sich also um die Betreuung des Besitzes von Parteien handelt, da will man die Sozialdemokratie nicht, wo es sich aber um die Belastung des Verbrauchs der Massen handelt, da soll sie gut genug sein, dieses Verhalten der bürgerlichen Parteien in den Augen der Oeffentlichkeit durch ihre Zustimmung zu rechtfertigen.

Die Sozialdemokratie lehnt eine solche Rolle ab. Sie anerkennt zwar durchaus die Notlage der Gemeinden und ihr starkes Interesse an der Erschließung neuer Steuerquellen, deren Erträge den Gemeindefinanzen zugute kommen. Sie weiß auch, daß die Notlage der Gemeinden eine Verschärfung der Notlage der hilfsbedürftigen Schichten der städtischen Bevölkerung darstellt. Denn wenn die Gemeinden kein Geld haben, so müssen sie sparen; das Sparen in den Gemeinden kann nur erfolgen auf Kosten der Einschränkung von sozialen und kulturellen Aufgaben. Die Sozialdemokratie war deshalb stets bereit, mitzuwirken, um die Finanznöte der Gemeinden zu beseitigen. Der Weg aber, den das Reichsfinanzministerium, die Spitzenkörperschaften der Gemeinden und die bürgerlichen Parteien betreten wollen, ist ungangbar. Nach ihrer Meinung gibt es nur einen Weg, um den Gemeinden zu helfen, nämlich die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Prozent. Das ist falsch.

Die Hauptursache der Finanznot der Gemeinden ist nicht ihr zu geringer Anteil an den Reichssteuern, sondern die verspätete Ueberweisung der Anteile an die Gemeinden. Mit vollem Recht sagt eine Eingabe der Handelskammer zu Düsseldorf:

„In dem Uebelstand, daß die Gemeinden in den Genuß der ihnen gesetzlich zustehenden Anteile an den großen Reichssteuern erst nach Ablauf eines Jahres und mehr gelangen und sie somit Beträge erhalten, die in keinem Verhältnis zu der inzwischen eingetretenen Geldentwertung stehen, ist nach unserer Ansicht die Ursache der finanziellen Notlage der Gemeinden zu erblicken."

Ebenso sagt eine Eingabe des Oberbürgermeisters von Hagen (Westfalen) an den Reichsfinanzminister:

„Von einer Finanznot der Gemeinden wäre kaum die Rede, wenn die Gemeinden im Etatsjahr 1922 an den Umsätzen des Kalenderjahres 1922 beteiligt wären. . . . Es ist also nicht so sehr Wert zu legen auf die Erhöhung der Umsatzsteuern auf 2½ oder 3 Prozent, als auf die alsbaldige Erhebung und Auszahlung."

Denselben Standpunkt hat die sozialdemokratische Fraktion bei den Beratungen des Landessteuergesetzes angenommen, doch fand sie mit ihren Anregungen keinerlei Gegenliebe beim Reichsfinanzministerium und den bürgerlichen Parteien.

In den Beratungen des Steuerausschusses des Reichstags ist ferner vom Reichsfinanzministerium unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien die Anschauung vertreten worden, daß eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an den Reichssteuern ohne gleichzeitige Erhöhung dieser Steuern mit Rücksicht auf den Stand der Reichsfinanzen nicht möglich sei. Die Reichsfinanzen könnten keinen Ausfall ertragen. So richtig es ist, daß sich die Reichsfinanzen in der denkbar schlechtesten Verfassung befinden, und daß eine Erhöhung der Einnahmen des Reiches notwendig ist und nicht eine Verminderung, so wenig denken die bürgerlichen Parteien und das Reichsfinanzministerium daran, diesen Standpunkt zu vertreten, wenn es sich um die Bemühungen zum Abbau der Besitzsteuern handelt.

Im Einverständnis oder mit Duldung des Reichsfinanzministeriums sind dauernd die Tarife der direkten Steuern herabgesetzt worden, meistens weit über die Regierungsvorlage hinausgehend. Schlimmer aber ist die mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums beim Geldentwertungsgesetz beschlossene gewaltige Minderbewertung der Sachwerte bei der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer und den Vermögenssteuern. Durch die Bestimmungen über die Bewertung von Warenvorräten, ausländischen Zahlungsmitteln und Effektenbesitz sowie durch die zugelassenen, sehr weitgehenden Abschreibungen werden in sehr großem Maße selbst leistungsfähige Steuerpflichtige für die Einkommensteuer bzw. Körperschaftssteuer entweder völlig steuerfrei oder nur mit unwesentlichen Beträgen steuerpflichtig. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß beide Bestimmungen den Anteil der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftssteuer außerordentlich stark herabdrücken. In dem Augenblick also, wo man den Gemeinden durch starke Belastung des Verbrauchs neue Einnahmen zuführen will, entzieht man ihnen durch Entlastung des Besitzes einen Teil ihrer bisherigen Ansprüche.

In den letzten Tagen hat überdies das Reichsfinanzministerium auch in seiner sonstigen Praxis den Standpunkt verlassen, daß ein Abbau von Reichssteuern nicht möglich sei. Die Schlange

Rücktritt des schwedischen Kabinetts.

Stockholm, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Das Kabinett Branting, das nach den allgemeinen Wahlen von 1921 gebildet wurde, ohne eine parlamentarische Mehrheit zu besitzen, ist zurückgetreten.

Die zurückgetretene Regierung bestand ausschließlich aus Sozialdemokraten, da die Liberalen und die Rechte nach den Wahlen von 1921 nicht in der Lage waren, allein oder zusammen zu regieren. Eine Beamtenregierung wurde damals auf Grund schlechter Erfahrungen von früher nicht gebildet. Dem Rücktritt des Kabinetts liegt folgender Tatbestand zugrunde: Infolge großer Aussperrungen, besonders in der Bergwerksindustrie, haben viele Arbeitslose seit Wochen keine Unterstützung erhalten. Die Entziehung der Unterstützung wurde damit begründet, daß sie sich in einem Konflikt befänden und infolgedessen einen Anspruch auf Unterstützung nicht hätten. Die Regierung beabsichtigte, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu machen, und sie legte deshalb dem Reichstag neue Richtlinien für die Arbeitslosenunterstützung vor. Von vornherein machte sie die Ablehnung dieser Richtlinien zur Kabinettsfrage. Die zweite Kammer nahm den Entwurf der Regierung bei der ersten Beratung an, dagegen lehnte ihn die Erste Kammer ab. Nach diesem Ausgang machte der betreffende Fachausschuß einen Kompromißvorschlag, der auch die Regierung und die sozialdemokratische Fraktion befriedigte. Die Erste Kammer lehnte aber am Donnerstag auch diesen Vorschlag ab, so daß die Regierung sich gezwungen sah, aus diesem Verhalten ihre Konsequenzen zu ziehen. Der König ist gegenwärtig zur Erholung in Italien. Die Regierungskrise wird deshalb keine schnelle Erledigung erfahren. Da die parlamentarischen Verhältnisse noch genau die gleichen sind wie nach den Wahlen im Jahre 1921, ist anzunehmen, daß in der Zusammensetzung der Regierung keine wesentlichen Veränderungen vorgenommen werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Zwei-Milliarden-Raub. • Die Gefahr des Erfaufens der größten fiskalischen Schachtanlage.

Mühlheim, 7. April. (WTB.)

Gestern wurde das Druckereigebäude der Großdruckerei Ernst Marx, die für die Reichsbank Banknoten herstellte, von französischen Truppen besetzt. Die Druckplatten und das Papier für die Reichsbanknoten wurden „beschlagnahmt", der Geschäftsleiter verhaftet. Später rückten die Franzosen wieder ab, **nahmen aber zwei Milliarden mit, davon 1½ Milliarden Mark fertiges Papiergeld.**

Bues, 7. April. (WTB.)

Neuerdings haben die Franzosen abermals die Lebensmittelmagazine der staatlichen Schachtanlage „Bergmannsglück" erbrochen. Jetzt haben sie auch die Kleinkinderschule in der Gustabstraße besetzt. Dadurch ist eine ganze Reihe sozialer Einrichtungen unwirksam geworden. So können die kleinen Kinder nicht mehr gespeist werden. Die Abhaltung von Samariterkursen ist unmöglich. **In der Kleinkinderschule sind die ausländischen Arbeiter in französischem Solde untergebracht worden.** Die Belegschaft von „Bergmannsglück" stellte den Franzosen ein **Ultimatum, die Torpedos sofort zurückzuziehen, widrigenfalls auch die Notstandsarbeiten eingestellt werden würden.** Es gelang aber, **die Gefahr, daß die größte preußische Schachtanlage ersäuft.** Das Gaswerk der Zeche, das auch die benachbarten fiskalischen Schachtanlagen mit Gas versorgt, liegt bereits seit Montag still. Die Franzosen haben alle Bureauräume der Zeche erbrochen und alle Schriftstücke, Statistiken, Zeichnungen, Tabellen usw. durchstöbert und wild durcheinandergeworfen. Ferner wurden **die Spinde der Uebertagearbeiter erbrochen und das darin befindliche Privateigentum der Arbeiter und Beamten herausgerissen und beschädigt.**

Vormittag 10 Uhr: Dollar 21000

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192304 07-12/fragment/page=0001

digte Voraussetzung dafür — der gleichzeitige Abbau der Kohlenpreise um denselben Betrag —, nicht erfüllt worden ist, und obwohl dem Reich dadurch sehr erhebliche Steuerbeträge verloren gehen. Gewiß sprechen für den Abbau der Kohlensteuer sehr gewichtige Gründe. Man erwartet von ihm eine Senkung der Preise. Ob diese Erwartung eintreten wird, ist überaus zweifelhaft, doch werden die nächsten Wochen das ja zeigen. Angenommen, es erfolgt ein Preisabbau und die Herabsetzung der Kohlensteuer erweist sich dadurch als wirtschaftlich und fiskalisch zweckmäßig, würde nicht gerade dann eine Erhöhung der Umsatzsteuer die Wirkung durchkreuzen, um derentwillen man bei der Kohlensteuer auf einen so erheblichen Teil der Reichseinnahmen verzichtet hat? Daß die Umsatzsteuer preissteigernd wirkt, läßt sich nicht in Abrede stellen. Ihre Erhöhung ist also das Verhinderung, mindestens aber die Erschwerung des Preisabbaues.

Im übrigen ist auch ohne die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent das Mißverhältnis zwischen den direkten Steuern und den Verbrauchssteuern immer größer geworden. Im Jahre 1921 war das Aufkommen aus fortlaufenden direkten Steuern eine 49 Milliarden, aus Zöllen und Verbrauchssteuern einschließlich der Umsatzsteuer ergeben sich eine Einnahme von 88 Milliarden, das Verhältnis war also 8 zu 2. Nach dem Voranschlag von 1923 sind die fortlaufenden direkten Steuern mit 290 Milliarden veranschlagt, denen 445 Milliarden Verbrauchssteuern einschließlich Umsatzsteuern gegenüberstehen; das Verhältnis ist also jetzt 1 zu 9 geworden. Die tatsächliche Entwicklung wird dieses Mißverhältnis noch weiter verschärfen, wie die monatlichen Nachweise über die Reichseinnahmen erweisen.

Im Laufe der Beratungen über das Landessteuergesetz ist auch die Anregung gegeben worden, für die Erhöhung der Umsatzsteuer dadurch eine Mehrheit zu schaffen, daß gleichzeitig eine Erhöhung der Besitzsteuern erfolgt. Es ist bezeichnend für den mangelnden Willen der bürgerlichen Parteien, den Gemeinden auch durch Taten zu helfen, daß von ihrer Seite dieser Gedanke schroff zurückgewiesen wurde. Sie sind nur für den Abbau von Besitzsteuern, selbst unter Schädigung der Gemeindeinteressen. So ist z. B. jetzt in Preußen ein Gesetz erlassen worden, daß die standalösen Bewertungsvorschriften, wie sie das Gebäudeentschuldungsgesetz vorsieht, auch auf die Gewerbesteuer Anwendung finden sollen. Die Folge wäre, daß auch diese Steuer, die heute in vielen Gemeinden das Rückgrat der städtischen Finanzen bildet, wertlos gemacht wird.

So war und ist die Haltung der bürgerlichen Parteien, die die Verabschiedung des Landessteuergesetzes verhindert hat. Die sozialdemokratische Fraktion war bereit, das Landessteuergesetz ohne die Bestimmungen über die Umsatzsteuer noch vor der Vertagung zu erledigen.

Zwei Entschließungen.

Konferenz der freien Gewerkschaften des besetzten Gebiets.

Dortmund, 7. April. (Eig. Drahtbericht.)

In Dortmund tagte am Freitag eine Konferenz der freien Gewerkschaften aus dem besetzten Gebiet, in der zu der augenblicklichen Lage Stellung genommen wurde. Ueber die Stimmung in den Kreisen der freien Gewerkschaften unterrichtet folgende einstimmig angenommene Entschließung:

„Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Ruhrgebietes liefern nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Einbruch des französischen und belgischen Militarismus ins Ruhrgebiet mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des passiven Widerstands abgewehrt werden muß. Der Kampf wird geführt, um eine Verständigung zu erzielen, welche wirklich die Gewähr eines dauerhaften Friedens bietet. In diesem Kampfe lehnt die Konferenz nochmals alle chauvinistischen und nationalistischen Ziele und Bestrebungen ab. An die Arbeiter, Angestellten und Beamten wird die Mahnung gerichtet, an der Ablehnung aller nationalistischen Bestrebungen weiterhin festzuhalten. Gewaltsame Zusammenstöße müssen durch das besonnene Verhalten der Arbeitnehmerschaft vermieden werden.

Die Konferenz erwartet aber andererseits von der Reichsregierung, daß sie jede sich bietende Gelegenheit benutzt, um den Abwehrkampf zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Die Räumung des Ruhrgebietes muß im Vordergrund aller Verhandlungen stehen und als nächstes Ziel erreicht werden. Klare Stellung aller Teile der Regierung zur Verhandlungsfrage wird am besten Gewähr dafür bieten, daß sich die weitesten Volkskreise in diesem Abwehrkampf hinter die Regierung stellen."

Anläßlich der Vorgänge bei Krupp wurde folgende Entschließung ebenfalls einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB., des Afa-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem gewalttätigen Vorgehen der Franzosen gegen die Kruppschen Arbeiter, das mehr als 40 Arbeitern Leben und Gesundheit gekostet hat. Diese neue Gewalttat wird die Arbeiterschaft in ihrem passiven Widerstand gegen die französische und belgische Machtpolitik nur bestärken, zumal sie wiederum zeigt, daß es fast ausschließlich Angehörige der Arbeiterklasse sind, die den Ausschreitungen der Besatzungstruppen zum Opfer fallen. Den Angehörigen der getöteten und verletzten Arbeiter spricht die Konferenz ihr herzliches Beileid aus."

Zur Maifeierfrage wurde darauf hingewiesen, daß dort, wo der 1. Mai gefeiert wird, eine Anmeldung bei der Besatzung oder die Nachsuchung um Demonstrationen nicht stattfinden soll.

Wieder ein bayerischer Justizskandal!

Eine mysteriöse Verhaftung.

In der Ordnungszelle Bayern wird ein neuer Justiz-Skandal vorbereitet. Seit dem 29. März werden der Schriftsteller Franz v. Puttkamer, sein Bruder und dessen Verlobte hinter Schloß und Riegel gehalten, ohne daß der Oeffentlichkeit bisher Rede und Antwort über die Gründe dieser Verhaftungen gestanden worden ist. Es ist deshalb verständlich, wenn auf Grund der Erfahrungen aus der Vergangenheit vermutet wird, daß hier ein zweiter Fall Fechenbach vorbereitet werden soll. Aber weiß — vielleicht liegt es noch in der Absicht der bayerischen Justiz, aus dem Verdacht des Mordes gegen den kürzlich mit einer Kopfwunde in der Isar tot aufgefundenen Geheimbündler Bauer einen Landesverratsprozeß zu entwickeln. Tatsächlich wurde Puttkamer verhaftet, weil er in dem Verdacht steht, der Mörder des vor wenigen Tagen tot aufgefundenen Geheimbündlers Bauer zu sein. Die bayerische Justiz schöpfte diesen Verdacht, weil er mit Bauer längere Zeit in Verbindung stand, ihn beobachtete und aushorchte. Durch diese Verbindung war die Feststellung möglich, daß Bauer im Ernst die Absicht hatte, Scheidemann zu ermorden. Hierdon wurde der Münchener Polizeidirektion Mitteilung gemacht, wo Bauer am 19. Jan. seinen Plan, den Kasseler Oberbürgermeister in seiner Heimat zu ermorden, zugab, ohne daß die Polizeidirektion etwas gegen ihn unternahm. Puttkamer wurde also festgenommen, weil er im Verdacht des Mordes steht, ohne daß hierfür der geringste Beweis vorhanden ist. Sein Bruder und dessen Verlobte wurden der Freiheit beraubt lediglich, weil sie Angehörige Puttkamers waren. Das ist ein Skandal, der seinesgleichen sucht und der schließlich nur seine Begründung darin findet, daß Puttkamer linksstehender Schriftsteller war. Was gedenkt der Reichsjustizminister gegen diesen Skandal zu unternehmen?

Mergets aus unbekannten Gründen verhaftet. Der Expräsident des Braunschweigischen Landtags, August Merges, wurde am Donnerstag verhaftet und nach einer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Untersuchungshaft abgeführt. Der Grund seiner Verhaftung ist unbekannt.

Kommunistische Erkenntnis.

Essen, 7. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das kommunistische „Ruhr-Echo", das zurzeit nach dem Verbot der „Essener Arbeiter-Zeitung" neben dem „Kleinen Anzeiger", einem Ableger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", als fast einziges Blatt Essens erscheint, bringt in seiner gestrigen Nummer eine Entschädigung, die geeignet ist, erhebliches Aufsehen zu erregen. Der Artikel beschäftigt sich zunächst mit den internen Auseinandersetzungen in der KPD. und mit dem kindischen Radikalismus der Berliner Richtung, die durchaus verlangte, daß die Kommunisten im Ruhrgebiet die Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter proklamieren sollten. Das „Ruhr-Echo" weist darauf hin, daß diese Parole auch von den linksoppositionellen Kommunisten des Ruhrgebiets einmütig abgelehnt worden, und führt dann wörtlich fort:

„Wenige Zeit nach der Besetzung des Ruhrgebietes hätten wir leicht die Möglichkeit gehabt, die Betriebe zu besetzen. Von französischer kapitalistischer Seite wurde mehr als einmal der revolutionären Arbeiterschaft vorsichtig gemacht und die Hoffe der französischen Bajonette angedroht. Diese Anträge wurden selbstverständlich von unserer Partei mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen."

Das „Ruhr-Echo" führt dann sehr richtig weiter aus, daß die Betriebsbesetzung durch die Kommunisten im Ruhrgebiet gar nichts anderes bedeutet hätte, als daß damit für die wirkliche Besetzung der Betriebe durch den französischen Militarismus freie Bahn geschaffen worden wäre. Die Enthüllung des „Ruhr-Echo" dient nur als wirksame Ergänzung dessen, was man längst schon wußte. Dabei muß allerdings die Haltung des „Ruhr-Echo" in der Frage der Schuld an der Tragödie bei Krupp betrachtet, so findet man nicht, daß das „Ruhr-Echo" die Ratschläge, die es erteilt, im eigenen Hause richtig beherzigt; denn das „Ruhr-Echo" hat die Kruppdirektoren um desserwillen denunziert, weil sie durch das Siebenlassen der Sirenen eben das getan hatten, was von den kommunistischen Betriebsräten der Firma Krupp selbst gefordert worden war.

Das Memelgebiet im Generalstreik.

Tilsit, 7. April. (Eigener Drahtbericht.)

Im Anschluß an Kundgebungen von Notstandsarbeitern in Memel nahm am Mittwoch in einer Versammlung im „Gewerkschaftshaus" eine Reihe von Forderungen zur Linderung der Not der Arbeitslosen und Notstandsarbeiter aufgestellt und am Donnerstag dem litauischen Oberkommissar, der an der Spitze des Memelgebietes steht, überreicht. Ueber seine völlig unbefriedigende Antwort wurde eine Abstimmung in den Betrieben vorgenommen. Die überwiegende Mehrheit sprach sich gegen die unzulänglichen Zugeständnisse des Oberkommissars aus, worauf die Gewerkschaften am Freitagmittag um 12 Uhr einen Generalstreik für das Memelgebiet verkündeten.

Warschauer Judenpogrom.

Warschau, 7. April. (WTB.)

Bei großen Kundgebungen gegen die Hinrichtung Buttsewitschs in Moskau kam es hier zu antijüdischen Exzessen, wobei 30 bis 50 Personen verletzt wurden. Studenten und rechtsradikale Elemente richteten im Judenviertel schwere Verwüstungen an. Die Ausschreitungen griffen später um sich. Läden wurden geraubt. Miliz stellte die Ordnung wieder her.

Ansbach Nr. 2.

Deutsche Korrespondenten eines französischen Spionagebureaus.

Kassel, 7. April. (Eig. Drahtbericht.)

Kurz vor Ostern wurden in Kassel mehrere Personen von der Kriminalpolizei festgenommen, weil sie dem französischen Spionagebureau in Düsseldorf, Bleichstraße 7, Nachrichten über angeblich rechtsradikale Organisationen und Verbände in Deutschland überbracht hatten. Diese Nachrichten hatte das Haupt der Gesellschaft, ein gewisser Hans Heinrich Brüning, der unter dem falschen Namen eines Dr. Börner seit längerer Zeit in Wilhelmshausen bei Kassel wohnte, nach dem Muster des Berliner Kriminalischen Paul Anspach frei erdichtet. Aus den aufgefundenen zahlreichen Schriftstücken, die außerordentlich geschickt angefertigt und gefälscht waren, ging hervor, daß Brüning alias Dr. Börner nicht nur die Meldungen erfand, sondern auch den von ihm erfundenen angeblichen Geheimverbänden gefährlich klingende Namen gab, wie „Völkische Kampffront Groß-Deutschland", „Deutsche Wehrschaft", „Sturmabteilung Hehmann", „Hauptgeschäftsstelle der Sturmabteilung" u. a. m. Seine angeblichen Meldungen, die sich auf die Vorbereitungen eines Rechtsputsches bezogen, kamen aus München, Hamburg, Hannover und Berlin. Bei Brüning wurden etwa 40 falsche Stempel vorgefunden, die er zur Fälschung seiner Schriftstücke verwendet hatte. Brüning war zuletzt angestellter Mitarbeiter der in Hannover erscheinenden deutschvölkischen Kampfschrift „Der Sturm", dessen Geschäftsstelle er in Kassel leitete. Zu dieser Stellung hatte er naturgemäß Zutritt zu zahlreichen rechtspolitischen Kreisen. Neben der politischen Spionage betrieb die Gesellschaft auch militärische Spionage. Mit Brüning, der im Jahre 1900 geboren und von Beruf Kaufmann ist, wurden noch folgende Personen festgenommen: Die 1903 geborene Elli Hagemann in Kassel, der 1902 geborene Fritz Waßmuth in Kassel und ein 1892 geborener früherer Schutzpolizeibeamter aus Düsseldorf namens Franz Wander, der hauptsächlich die militärische Spionage betrieb.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Dem „Vorwärts" wird aus Brezenz gedrahtet:

Die Zehnerkomitee setzte gestern seine Beratungen fort, an denen auch die inzwischen eingetroffenen Genossen Crispien und Wallhead teilnahmen. Die Konferenz beendete die Beratung der Geschäftsordnung zum Hamburger Weltkongreß und beschloß sodann die Statuten der sozialistischen Arbeiterinternationale, die dem Hamburger Kongreß vorgelegt werden sollen.

Am Nachmittag trat das Neunerkomitee zusammen, das von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Untersuchung der ökonomischen Wirkungen der Friedensverträge eingesetzt worden war. Es waren anwesend: für Amsterdam: Thomas, Jouhaux und Timmer; für London: De Brouckère, Shaw und Wels; für Wien: Wallhead, Brack (an Stelle Blums) und Adler (an Stelle Otto Bauers). Thomas führte den Vorsitz. Es lag ein umfangreicher Bericht über die Lage der deutschen Arbeiterschaft vor. Shaw berichtete über Verhandlungen zwischen den Parlamentsfraktionen Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens mit der deutschen Sozialdemokratie sowie über die darauf folgenden Besprechungen. De Brouckère und Wels ergänzten den außerordentlich wertvollen Bericht der Gewerkschaftsinternationale, der eine Darstellung des gesamten Materials über die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiterklasse enthält. Das Komitee beschloß, dieses Material durch Veröffentlichung des Berichtes den breitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Fehlschlag der Goldanleihe des Reiches. • Der unterbrochene Preisabbau. • Herabsetzung der Kohlenpreise. Erhöhung der Preise für Umlagegetreide.

Die großen Hoffnungen, die man auf die Dollaranleihe des Reiches setzen zu können glaubte, haben böse Schiffbruch gelitten. Anstatt der ausgeschriebenen 200 Millionen Goldmark sind nur 50 Millionen vom großen Publikum gezeichnet worden. Weitere 50 Millionen müssen die Banken entsprechend der von ihnen eingegangenen Verpflichtung zuschießen. Auf diese Weise erhält die Reichsbank immerhin 100 Millionen Goldmark an Devisen, einen Betrag, der zwar die weitere Interventionstätigkeit erleichtert, aber längst nicht ausreicht, um die Devisenpolitik der nächsten Zeit auf breiterer Grundlage zu stellen. Die Reichsbank hat denn auch einen Teil ihres Goldbestandes, nämlich 100 Millionen Goldmark ins Ausland gebracht, um sich für nötigenfalls aufzunehmende Devisenkredite vorausschauend zu sichern. Auf diese Weise erhöht sich der bei ausländischen Zentralnotenbanken hinterlegte Betrag des Reichsbankgoldes auf etwa ein Achtel des gesamten Goldbestandes. Gegen diese Operationen ist vom Standpunkte der deutschen Währung aus nichts einzuwenden. In dem schweren Kampf um seine Existenz, den jetzt das deutsche Volk führt, wäre es zwecklos, diejenigen Reserven mit der Befürchtung einer noch schweren Zukunft zurückzuhalten, die es noch besitzt. Ueber die Grundsätze, mit denen die Reichsbank gegen ihren Willen und unter dem Druck von außen ihre Währungspolitik geführt hat, wird später noch ein ernstes Wort zu reden sein. Sowohl bei der Vorbereitung der Devisenanleihe wie während ihrer Durchführung sind Fehler gemacht worden, die nicht hätten vorkommen dürfen, die jedenfalls den für die Währungspolitik des Deutschen Reiches verantwortlichen Instanzen ein denkbar schlechtes Zeugnis sind. War es wirklich notwendig, das strikte Verbot der Devisenbeleihung in einem Augenblick abzuschwächen, wo die Anleihezeichnung noch im Gange war? Ist man überhaupt mit Krediterschwerungen in der Zeit der Anleihezeichnung energisch genug vorgegangen um zu verhindern, daß diejenigen, die vor wenigen Wochen ihre Devisen teuer verkauft hatten, sie jetzt zu niedrigerem Kurse wieder zurückkaufen konnten? Die lebhaftere Nachfrage, die gegen Ostern sich wieder am Devisenmarkt zeigte, ohne freilich den Dollarkurs wesentlich steigern zu können, spricht doch gegen diese Annahme! Wo blieben die großen Zeichner, die Leute, die für Kapitaltransaktionen im Ausland immer Devisen zur Verfügung haben? Ist alles geschehen, um den Einfuhrbedarf Deutschlands so gering als möglich zu halten, nachdem nun einmal die Ruhrbesetzung eine erhebliche Belastung unserer Handels- und Zahlungsbilanz durch die notwendig gewordene Einfuhr englischer Kohle gebracht hatte? Werden nicht statt dessen wieder Erleichterungen der Warteneinfuhr vorbereitet, deren Ankündigung allein genügt, um viele Devisenbesitzer zu veranlassen, an ihren Beständen festzuhalten?

Der pomphaft angekündigte Preisabbau hat sich, wie an dieser Stelle wiederholt dargelegt wurde, nur in den Großhandelskreisen Geltung verschafft. Obwohl der Kleinhandel bei denjenigen Waren, wo es die Preispolitik der Kartelle ermöglichte, seinerseits ebenfalls zu Preisnachlässen schritt, konnte in den Lebenshaltungskosten eine spürbare Erleichterung nicht wahrgenommen werden, weil eine große Zahl von Waren und Leistungen, die zu dem dringendsten Bedarf der Bevölkerung gehören, insbesondere die Tarife und Gebühren für Gas, Wasser, Elektrizität usw. noch weiter steigen. Nun ist auch der gepfiffte Preisabbau im Großhandel zum Stillstand gekommen! Also noch ehe von einem Preisabbau für den Konsumenten die Rede sein konnte, stockt bereits die Abwärtsbewegung der Großhandelspreise. Das ist um so erstaunlicher, als von einer Ueberdrückung der gewaltigen Kaufkraft der Bevölkerung und dem Preisniveau kaum, doch gar keine Rede sein kann. Noch immer liegt der Warenabsatz darnieder. Ihm durch einen großzügigen Abbau der Preise wieder auf die Beine zu helfen, scheint nicht die Absicht der Industrie zu sein.

Zu diesem Schluß muß man jedenfalls kommen, wenn man das Verhalten der Unternehmer seit dem soeben erfolgten Abbau der Kohlensteuer beobachtet. Noch bis vor kurzem gab es in den Augen der Unternehmer hauptsächlich drei Ursachen der Teuerung: Die Löhne, die sich noch nicht auf die Hälfte des Preisstandes der Waren erhöht haben, die Gütertarife, die dem Dollar viel langsamer folgten als die meisten Warenpreise, und die Verteuerung der Kohle durch die Kohlensteuer. Jetzt ist die Kohlensteuer um 10 Prozent, die Kohlenpreise sind sogar noch etwas mehr herabgesetzt. Da macht man nun die Entdeckung, daß selbst die über den Weltmarktstand hinausgesteigerten Preise für Großeisen, die immer mit den Kohlenpreisen erhöht worden sind, von den Kohlenpreisen nicht oder doch nur wesentlich beeinflußt werden! Das ist denn doch etwas stark.

Daß jeder Preisabbau bei den Unternehmern auf Schwierigkeiten stoßen würde, war vorauszusehen. Um so mehr ist es zu bedauern, daß der ganze Zug der Wirtschaftspolitik starke Eingriffe des Staates in den Warenmarkt und in die Preisbildung zu vermeiden sucht und daß die manchesterliche Richtung mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Los vom Staate, Freiheit des Handels und des Handelns sind die Schlagworte, auf die sich die bürgerliche Wirtschaftspolitik immer deutlicher zubewegt. So kommt es, daß heute, wo noch keiner das Ende und die Folgen des Ruhreinfalls zu übersehen vermag, die freie Getreidewirtschaft sogar ohne die formelle Abstimmung des Parlamentes beschlossene Sache ist, daß man inzwischen auch die sachlichen Vorbereitungen für die Beseitigung der Umlage trifft. So hat man den Preis für das letzte Sechstel der Umlage in letzter Stunde noch einmal erhöht, obwohl weder für die Erhöhung noch für das Ausmaß der Erhöhung irgendeine Mehrheit im Preisausschuß zustande kam. Der Umlagepreis bleibt zwar mit 52 500 Mk. je Zentner Roggen immer noch um etwa 20 Prozent hinter dem gegenwärtigen Preis des freien Marktes zurück, aber es ist daran zu erinnern, daß in den letzten Wochen bereits einmal der Preis für freies Getreide unter 30 000 Mk. heruntergegangen ist, was jedoch durch die Erholung des Marktes bald wieder ausgeglichen wurde. Mit ihrem unausgesetzten Getreidebedarf stellt die Reichsgetreidestelle eine starke Stützung des Marktes dar selbst dann, wenn sie zeitweilig nicht als Käufer auftritt. Werden jetzt die Umlagepreise in die Höhe gebracht, so bedeutet das, daß sie unter die Grenze des Umlagepreises nicht mehr oder doch höchstens ganz vorübergehend sinken können. Da aber auf der anderen Seite auch dem deutschen Getreidepreis durch die Weltmarktpreise eine obere Grenze gesetzt ist, hat sich mit der neuen Preisfestsetzung die Spanne zwischen regulärem und unbeeinflußtem Getreidepreis weiter vermindert. Daß durch die neuen Umlagepreise ein wesentlicher Produktionsanreiz ausgeübt werden wird, ist entschieden zu bezweifeln. Wem die hohen Getreidepreise, die am freien Markt erzielt werden konnten, nicht Anlaß gegeben haben, durch rechtzeitige Beschaffung des notwendigen Kunstdüngers und durch rechtzeitige intensive Feldbestellung eine Erhöhung der Produktion in die Wege zu leiten, der wird in der letzten Umlagepreiserhöhung mit ihren 2600 Mk. Mehrertrag pro Zentner für einen Teil des vorhandenen Getreides auch keinen wesentlichen Ansporn zu besserer Ackerbewirtschaftung sehen.

Das Bedenkliche ist an dieser Erhöhung des Umlagepreises, daß sie sich sozusagen unsichtbar für den Verbraucher vollzieht, da der Brotpreis nicht erhöht wird. Die Kosten der Verbilligung aber, die jetzt das Reich in erhöhtem Maße zu tragen hat, fallen gleichwohl auf ihn zurück, da für diese Ausgabe im Reichsetat keinerlei Deckung vorhanden ist, die Aufwendungen zur Brotverbilligung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230407-12/fragment/page=0002

aus dem großen Schuldenhopf gemacht werden und schließlich durch die Notenpresse, also durch Verschlagung der Kaufkraft der breiten Massen gedeckt werden müssen. Es ist interessant, wie dieselben Kreise, die früher gleichermaßen über die verlorene Schutzwirtschaft und über die angeblich so verderbliche Verbraucherpolitik sozialistischer Minister geweitert haben, jetzt die gleiche Politik verfolgen, um den Uebergang zur freien Getreidewirtschaft dem Volke schmackhaft zu machen. Mit einem Unterschied freilich: Früher wurde wenigstens ein Versuch nach dem anderen unternommen, das Defizit des Reiches zu decken. Heute dagegen, wo der Etat des Reiches auf das äußerste angespannt ist, da das Ruhrgebiet und der Abwehrkampf gewaltige Aufwendungen erfordert, wo in jedem Monat der Schuldenstand des Reiches um mehrere Billionen und der Notenumlauf der Reichsbank in gleichem Tempo anschwillt, paßt man die Steuern des Besitzes in so großem Umfang der Geldentwertung an, daß die Erträge ganz wesentlich gemindert werden. Den Erben, die nach Beendigung des Ruhrkrieges diese gänzlich verfahrene Finanzwirtschaft einmal zu liquidieren haben werden, geht keine leichtere Aufgabe bevor als denen, die den Krieg auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet abzuwickeln suchten.

Der Bergbau im März.

Erhebliche Steigerung der mitteldeutschen Braunkohlenförderung. • Geringe Steigerung der oberschlesischen Kokserzeugung. • Der Absatz in der Kali-Industrie.

Das preußische Handelsministerium berichtet u. a.:

Ueber die Kohlenförderung des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes können keine bestimmten Angaben gemacht werden. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet ist eine nicht unerhebliche Steigerung der Förderung eingetreten. Hier trat sogar wegen verringerter Nachfrage seitens der zuckerverarbeitenden Industrie sowie der Kalindustrie eine Absatzstockung ein. Auch in oberschlesischer Kohle stockte die Nachfrage teilweise. Es zeigte sich dabei, daß die Käuferschaft infolge der Ruhrbesetzung zu einer eiligen Bedarfsdeckung geschritten ist und bei der unsicheren wirtschaftlichen Lage und der erwarteten Herabsetzung der Kohlenpreise zu Neuzeindeckungen noch nicht bereit war. Insbesondere sind die im Besitz der Kommunen befindlichen Gasanstalten in der Erteilung von Neuaufträgen zurückhaltend. Unter diesen Umständen sind augenblicklich weder der vor kurzem im Ostrauer Revier ausgebrochene Streik, noch die sprunghaft emporgeschnellten Preise der englischen Kohle als ein besorgniserregendes Moment zu betrachten; auch konnten die volkswirtschaftlichen Störungen der in Deutsch-Oberschlesien ausgebrochenen kleinen Streike, die nur einen geringen Förderausfall zur Folge hatten, verhältnismäßig leicht überwunden werden. Die oberschlesische Kokserzeugung blieb von Störungen verschont und dürfte die normalziffer sogar etwas übersteigen. Die Nachfrage war sehr lebhaft; oberschlesischer wie niederschlesischer Koks ging weiter in sehr großem Umfange nach West- und Süddeutschland. Die östlichen Industrieverbraucher verfügen zurzeit noch über ansehnliche Bestände, so daß sie bei der Zufuhr nicht berücksichtigt werden brauchten (Oppeln, Berlin).

Die Gruben des Siegerländer Eisenerzbergbaues konnten ihre Betriebe voll aufrechterhalten, obwohl der Versand nach Rheinland und Westfalen weiterhin stark beschränkt war. Den Siegerländer Hütten war es möglich, ihre fast aufgezehrten Eisensteinbestände wieder aufzufüllen. Die Ende Februar beschlossenen Verkaufspreise blieben für den Monat März unverändert bestehen. Im Lahn- und Dillgebiet mußten die Eisensteingruben mehr oder minder dazu übergehen, einen Teil ihrer Förderung auf die Halde zu stürzen. Es bestehe jedoch Aussicht, daß sich die Versandverhältnisse in Bälde bessern.

In der Kaliindustrie waren die Absatzverhältnisse im März sehr ungünstig. Insbesondere hat die Landwirtschaft ihre Bezüge, deren Anforderungen sonst in diesem Monat sehr stark waren, sehr erheblich eingeschränkt. Der Grund hierfür liegt teils in den hohen Kali- und Kohlenpreisen sowie in den hohen Frachten, teils aber auch darin, daß sich die deutschen Landwirte in den Vormonaten zu billigeren Kalipreisen und Frachtsätzen genügend eingedeckt hatten. Das Auslandsgeschäft bewegte sich in verhältnismäßig geringen Grenzen; nur in schwefelsauren Kalisalzen bestand befriedigende Nachfrage. Infolge des verminderten Absatzes mußten einzelne Kaliwerke dazu übergehen, Feierschichten einzulegen. Der Absatz in den Nebenprodukten der Kaliindustrie ließ ebenfalls zu wünschen übrig. Die Wagengestellung war gut.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	6. 4. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	8260	8300
1 dänische Krone	4000	4025
1 italienische Lira	1040	1050
1 Pfund Sterling	98245	98300
1 Dollar	21000	21000
1 französischer Frank	1380	1360
1 Schweizer Frank	8880	8880
1 tschechische Krone	625	625

Tendenz ruhig.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Gewerkschaftsangestellte im Schlichtungsausschuß.

Ein bedenksamer Ministerialerlaß.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat neuerdings einen Erlaß über die Mitwirkung der Gewerkschaftsbeamten im Schlichtungsverfahren herausgegeben. Hierin empfiehlt er eine Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern aus Rechts- und Zweckmäßigkeitsgründen. U. a. heißt es in dem Erlaß:

„Es ist ein dringendes staatliches Interesse in Tarifstreitigkeiten sowohl die Organisationsangehörigen der Organisationen, um deren Tarifvertrag es sich handelt, als auch vor allem deren Gewerkschaftsangestellte nicht vom Schlichtungsausschuß auszuschließen, und namentlich nicht etwa die unständigen Besitzer, die dem am Streik beteiligten Betriebsrat zu entnehmen sind, aus den Kreisen der unorganisierten Arbeitnehmer zu entnehmen. Diese Auffassung würde geradezu gewerkschaftsfeindlich wirken und die Gewerkschaftsangestellten, deren Tätigkeit im Staatsinteresse in hohe Ehre gesetzt werden muß, organisationsfeindlicher, undisziplinierter und den Wirtschaftsfrieden oft gefährdender Elemente zurückstehen oder aber dazu führen, daß die unständigen Besitzer immer dem Betriebsrat außerhalb des Bezirks des Streikfalls zu entnehmen sind, also nicht die notwendige Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse des Streikfalls besitzen.

Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse ist, wie immer wieder betont werden muß, nicht mit der Tätigkeit des Richters zu vergleichen, sondern stellt nur die von Staat gesetzte Fortsetzung der Parteiverhandlungen dar, für die es nicht nur unschädlich, sondern geradezu förderlich ist, wenn Mitglieder der Interessentengruppen im Schlichtungsausschuß mitsitzen; anders hätte auch die gesetzliche Vorschrift über die Zuziehung der unständigen Besitzer keinen Sinn.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, bin ich bereits in meinem früheren Erlaß vom 3. Januar 1923 dazu gekommen, als einzige Ausnahme von der grundsätzlich zulässigen Zuziehung der Gewerkschaftsvertreter zum Schlichtungsausschuß den Fall anzuführen, daß es sich um den Verbandsjuristen der Gewerkschaft selbst (entsprechend um den Syndikus des Arbeitgeberverbandes) in dem konkreten Falle handelt. Ebenso würde ich es, was ich damals nicht hervorgehoben habe, allerdings für unzulässig halten, daß der Arbeitgeber, mit dem die Gewerkschaft einen Firmentarif abschließen möchte, selbst gleichzeitig als Beisitzer im Schlichtungsausschuß tätig ist."

Zur „Ruhrhilfe"

macht der ADGB. folgende Mitteilungen: Die Kommunisten wirken nach wie vor mit den größten Unwahrheiten gegen die Ruhrhilfe. Einmal behaupten sie, die gesammelten Gelder flössen den Unternehmern zu, anderseits behaupten sie, es geschehe überhaupt nichts zur Unterstützung der Notleidenden. Festgestellt muß werden, daß kein Pfennig von den der Ruhrhilfe zugeflossenen Geldern andere Verwendung findet, als zur Linderung der Not im gesamten alt- und neubesetzten Gebiet. Festgestellt kann weiter werden, daß nunmehr eine Unterstützungsaktion in größerem Maßstabe begonnen hat. So sind zunächst 500 Millionen Mark bewilligt für die Belieferung der Kurzarbeiter, Arbeitslosen und kinderreichen Familien mit Kartoffeln. Diese Hilfe soll in erster Linie den zahlreichen Notleidenden der Textil- und Tabakindustrie im Aufstreichen Gebiet zugute kommen. 800 Millionen Mark sind als erste Rate der Zentralstelle für die Kinderhilfe zur Verfügung gestellt, um dazu beizutragen, daß kranke und kränkliche Kinder aus den besetzten Gebieten Aufnahme in Kinderheimen finden können. 100 Millionen Mark sind bereitgestellt zur Verbesserung der Lage der durch die Franzosen inhaftierten Arbeiter und Angestellten, die in Gefängnissen des besetzten Gebietes, insbesondere an Mangel ausreichender Verpflegung leben. Darüber hinaus stehen Verhandlungen vor dem Abschluß, um nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Notleidenden mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die von kommunistischer Seite geflissentlich verbreiteten Unwahrheiten haben dazu beigetragen, daß viele Arbeiter sich um die Hergabe eines Stundenverdienstes drückten. Den Schaden davon haben lediglich die notleidenden Arbeiter und Angestellten der besetzten Gebiete, die eines Lebensinteresses der deutschen Gesamtarbeiterschaft wegen den Kampf gegen die Abtrennung der wichtigsten Industriegebiete auf sich genommen haben. Soweit es bisher noch nicht geschehen, ist es daher die selbstverständliche Ehrenpflicht eines jeden Arbeiters und Angestellten, mindestens einen Stundenlohn den kämpfenden Arbeitsbrüdern am Rhein und Ruhr zu opfern. Um Verwechselungen mit dem „Volksopfer" zu vermeiden, sei noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß alle für die „Ruhrhilfe" bestimmten Anweisungen zu richten sind an Konto der „Ruhrhilfe" beim Giro-Konto der Reichsbank in Berlin, Niederwallstraße, oder durch Postscheck auf Konto „Ruhrhilfe" Nr. 572 00 beim Postscheckamt Berlin.

Es wird gebeten, in den Fällen, wo Ortsausschüsse oder Gewerkschaften ihre Sammlungen allein ohne Verbindung mit den Arbeitgebern durchgeführt haben, der Geschäftsstelle der „Ruhrhilfe", Berlin, Mittelstraße [illegible] eine kurze Mitteilung zugehen zu lassen, welche Summen an das Konto der „Ruhrhilfe" abgegeben worden sind.

Der Reichsverband Metallarbeiterstreik beigelegt. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern im Metallarbeiterstreik haben zu einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt. Die Arbeit ist in allen Betrieben wiederaufgenommen worden.

Aus dem deutschen Gewerkschaftsleben

Nachtarbeit, eine Kriegsfolge. Unter dieser Ueberschrift kritisiert das kommunistische Organ das Ueberhandnehmen der Nachtarbeit in der Brotbackerei Sachsen, um dann im Anschluß daran zu einem Boykott der Fabrikate der genannten Brotbackerei aufzufordern. Der von Angehörigen einer anderen politischen Gruppe bäckerei stammende Bericht ist uns gleichfalls, allerdings erst ein Freitagabend, zugegangen. Bei der zuständigen Organisation, dem Bäckerverband, erfolgte Erkundigungen haben ergeben, daß das Verbot der Nachtarbeit in der Schubertschen Fabrik tatsächlich durchbrochen wird; auf das Eingreifen der Organisation hat sich die Firma aber bereit erklärt, die Nachtarbeit baldigst wieder zu beseitigen.

Aus aller Welt.

Sechs Tote bei einem Auto-Unfall.

Frankfurt a. M., 6. April.

Zwischen Dillingen und Roden in Saargebiet ereignete sich ein schweres Auto-Unglück. Ein Auto fuhr gegen sieben Uhr abends den Rodenberg hinab auf Dillingen zu und rannte in die geschlossene Schranke des Bahnübergangs der Prinzenbahn hinein. Der Chauffeur, der im letzten Augenblick bremste, wurde mit voller Wucht aus dem Automobil geschleudert. Er blieb schwerverletzt liegen. Das Fahrzeug wurde von dem herannahenden Zuge erfaßt und über eine Strecke von 20 Metern hinweg gegen das Wärterhaus geworfen. Die sechs Insassen gerieten so unglücklich unter die Räder der Lokomotive, daß sie fast bis zur Unkenntlichkeit zermalmt wurden. Die Getöteten waren ein Chauffeur, ein Hüttenarbeiter aus Büren-Ypbach und vier junge Mädchen.

Der Goldbarren unter dem Hut.

Ein wertvoller Fund auf einer Gartenbank.

Berlin, 6. April.

Im Februar 1922 saßen der Buschbruder Raßel, der Bäcker Oeze und ein gewisser Walther auf einer Bank im Park an der Karlenstraße. Das Benehmen der drei Genannten fiel einem Kriminalbeamten auf, er identierte sie, da er annahm, daß sie irgendwelche verbotenen Geschäfte betätigten. Beim Abführen der drei Leute fiel es weiterhin auf, daß Raßel seinen Hut auf der Bank liegen lassen wollte und sich trotz der Aufforderung des Beamten ohne diesen entfernte. Der Beamte nahm den Hut auf, und da zeigte sich, daß unter diesem ein großer Goldbarren lag.

Bei seiner Vernehmung behauptete Raßel zunächst, daß er den Goldklumpen „gefunden" habe, schließlich gab er aber zu, daß er von einer gewissen Mathilde Runau drei Goldbarren erhalten hätte, die diese einer Goldwarenankaufsstelle entwendet hätte. Der Inhaber dieses Geschäfts hatte wirklich die Runau mit den drei Goldbarren nach einem Geschäft in der Dorotheenstraße geschickt. Raßel und die Runau hatten aber gemeinsame Sache gemacht und so die Goldbarren an sich gebracht. Der Runau war später ein Prozeß gemacht worden, sie war aber mangels Beweises einer Mitschuld, da damals der Behörde der Zusammenhang noch nicht bekannt war, freigesprochen worden. Jetzt wurde von der Staatsanwaltschaft das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet. Das Gericht erkannte gegen Raßel auf fünf Monate Gefängnis unter Bewilligung einer Bewährungsfrist. Oeze wurde als unbeteiligt freigesprochen. Der dritte Angeklagte hatte sich vorher durch Flucht dem Strafverfahren entzogen.

Der Raubmord bei Oldesloe.

Ein falsche Spuren.

Rendsburg, 6. April.

Im vergangenen Sommer wurde bei Oldesloe ein junger, offenbar auf der Wanderschaft befindlicher Mann ermordet und beraubt aufgefunden. Der Tote ist bis heute unerkannt. Die Ermittlungen gestalten sich insofern schwierig, als nacheinander mehrere Zeugen den Getöteten bestimmt als ihren Sohn oder als einen Anverwandten zu erkennen glaubten und dadurch, in Verbindung mit anderen Zeugenaussagen, den Verdacht nach bestimmten Richtungen lenkten. Aber sämtliche in dieser Beziehung vorhandenen Angaben erwiesen sich als unrichtig, so daß die Nachforschungen, bei denen bis jetzt 14 Spurenübergang Deutschland verfolgt wurden, bisher ergebnislos verliefen. Die Staatsanwaltschaft in Altona ist jetzt weiter bemüht, diesem mysteriösen Verbrechen auf die Spur zu kommen.

Der Sonntagsmaler.

Von wem die folgenden Zeilen sprechen? Von einem der feinsinnigsten, zartesten Poeten unter der engen Schar der Berufenen im weiten Bezirk der deutschen Bildnismaler. Von Heinrich Vogeler aus Worpswede. Eine eigene Bewandtnis hat es mit diesem Künstler. Einstmals Gründer, Haupt- und Mittelpunkt der stillen Malerkolonie im norddeutschen Teufelsmoor in und um Worpswede, ist er heute ein Mann geworden, der bei Malkunst im allgemeinen Valet gesagt und der nur noch Sonntags zuweilen zu Zeichenstift und Malerpinsel greift.

Ein fast einzigartiges Schicksal ist's, das sich an Heinrich Vogeler vollzog. Seit fast 30 Jahren kannte ihn die Welt als den märchenfeinen Maler des Frühlingsbirkengrüns, als den Bildner der zartenschlanken Mädchengestalt, als den Träumer, Sinnierer und Frauenliebling. Auf seinem prächtigen Barkenhof in Worpswede gab es bunte Feste; in der Tat: Heinrich Vogeler war der Repräsentant des künstlerischen Worpswede. Bis zum Hochsommer 1914. Bis zu dem Tage, an dem er in der blauen Oldenburger Dragoneruniform nach Rußland zog und das Schicksal seine Schatten zu werfen begann. Am Krieg verzweifelnd, schrieb Vogeler einen Brief an den damaligen deutschen Kaiser, was zur Folge hatte, daß man den Unteroffizier Vogeler zwecks Untersuchung auf seinen Geisteszustand für 8 Wochen in ein Irrenhaus steckte. Indes, die Aerzte fanden nichts Anormales; Vogeler kam frei.

Mittlerweile ging der Krieg zu Ende, der Umschwung kam, und bald sehen wir den einst so stillen Heidekünstler inmitten der Bremer Kommunisten. Räterdiktatur war die Losung. Fort mit dem Malerpinsel! Hinein ins politische Leben! Reden, Flugschriften, Taten. Er, der Mann aus reichem Bremer Patrizierhause, Seite an Seite mit den Arbeitern. Freilich, weniger Handgranatenmann als vielmehr Revolutionär aus religiös-kommunistischem Gefühl heraus. Die Wogen gingen hoch, der Barkenhof in Worpswede sah aufgeregte Zeiten. Mit der Bremer Räterherrlichkeit ging's zu Ende. Heinrich Vogeler floh in finsterer Nacht zu entfernten Freunden. Und schließlich: Verhaftung, Untersuchungshaft und Freilassung.

Eine Etappe war vorüber. Auf den Worpswedder Barkenhof kehrte ein stiller Mann zurück. Allein. Seine Familie, Frau und drei blühende Töchter, waren von ihm gegangen. Konnten den Gatten und Vater nicht mehr verstehen. Die Umwandlung der Dinge war zu kraß gewesen. Was nun? Zum alten Künstlertum, zum weichsinnigen Birkengrün, zur sinnigen Märchenlandschaft, zum erschlankten Mädchenleib fand sich Vogeler nicht zurück; ihn lockten andere Ziele. Die Zeit braucht andere Menschen, Männer, die, wie Faust, den Elementen das abtrotzen, womit der Menschheit Notdurft gestillt wird. Heinrich Vogeler ward zum Siedler. Der wunderhübsche Herrensitz ward umgekrempelt. Nieder mit den idyllischen Büschen, soweit sie die Bewirtschaftung hindern, fort mit den Wiesenblumen, den weichen Grasmatten auf seinen 15 Morgen umfassenden Besitztum. Ein knappes Dutzend Gleichgesinnte um sich, und alles irgendwie entbehrliche Land in fruchtbaren Ackerboden umgewandelt. Nach eigenen Gesetzen richtete man sich ein. Naturmenschen, entsagungsvoll bis zum Puritanismus. Die einst so verwöhnten Künstlerhände zeigten bald Schwielen von harter Pflug- und Spatenarbeit. Freilich, über den Gartenzaun drang der Spott solcher und solcher Nachbarn, Politiker, Besserwisser, Andersgläubiger. — Doch nichts focht die kleine Schar an.

So geht dies nun seit drei Jahren. Ein zweiter Teilhof, hat Heinrich Vogeler in einer versteckten Ode seines Besitzums sich aus Baumstämmen und Torfsoden eine Hütte gebaut. Einfach, klein, weißgetünscht. Ohne Spind und Bequemlichkeit, die Kleiderhaken in die Wand geschlagen. Hier lebt, wohnt und schläft der verwöhnte und gefeierte Mann von einstmals, bereit die Genossen, gleichfalls bescheiden und still, in dem einstigen Herrenhaus wohnen. Alle auf sich selbst gestellt, eigene Arbeit, eigenen Gott und eigenen Glauben. Siedlung und Siedlerschule.

So im Sommer; im Winter aber lenkt der Heinrich Vogeler von heute seinen Schritt in der Versammlungssäle der niederdeutschen Städte, predigt das tolstoianische „Zurück zur Natur!" und lehrt Menschentum und Entsagungsvollen. Und die edle Maskunst? Wir sagten es schon: nur noch des Sonntags noch greift er zuweilen zum alten Pinsel, um neue Ideale auf Papier und Leinwand zu zaubern. Doch auch das nur selten. Der Künstler Heinrich Vogeler von einstmals ist tot, das Worpswede von heute kennt nur den religiös-kommunistischen Schwärmer und Siedlungsmenschen Vogeler. Fürwahr: eine Umwertung aller seelischen Werte.

J. Kl.

Vom gekrönten Menschenverstand.

Von Lord Chesterfield (geb. 24. März 1778).

Eitelkeit oder, um eine edlere Bezeichnung zu gebrauchen, das Verlangen nach Bewunderung ist wohl die allgemeine Triebfeder der menschlichen Handlungen. Dieser Eitelkeit, die die Philosophen verdammen, verdanke ich zum großen Teil die Rolle, die ich gespielt habe.

•

Politischer Argwohn ist von der Gesinnung guter Patrioten unzertrennlich; es ist ihre Pflicht, wachsam für das gemeine Beste und gegen die Absichten der Mächtigen argwöhnisch zu sein. Allegeit ein gewisses Maß dieses Argwohns zu behalten, ist schlechterdings notwendig zur Erhaltung der Freiheit. Dieser Argwohn ist unsere große Sicherheit, und er wird nicht abnehmen, bis die Bataviansliebe abnimmt.

•

Der Natur nach ist das Dienstmädchen von Herrn R. (dem Pensionsvater) ebenso wohlgeboren wie du, ja hat einen Vater und eine Mutter, einen Großvater und eine Großmutter und Vorfahren bis Adam gehabt. Aber zu ihrem Nachteil waren sie nicht so reich wie die deinigen und konnten ihr deshalb nicht eine gleiche Erziehung geben. Der ganze Unterschied zwischen ihr und dir besteht darin, daß sie dir ihre Arbeit gibt und du ihr Geld gibst. Bilde dir also nichts auf deine Abstammung ein, die durchaus nicht besser ist als die ihrige, sondern zeichne dich durch deine Tugenden und deine Sitten aus; es ist der einzige und wahre Adel.

Kaiserliches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Am heutigen Sonnabendabend 7½ Uhr findet die Erstaufführung der Tragödie „Othello" von Shakespeare statt. Morgen, Sonntag, wird die Oper „Mona Lisa" von Schillings wiederholt. Die Besetzung ist die gleiche wie in der der ersten Aufführung des Werkes. Montag „Macbeth"; Dienstag die Komödie „Straßenmädel"; Mittwoch und Sonnabend „Der Sonnenstürmer"; Donnerstag „Othello"; Freitag „Macbeth".

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntagabend 7½ Uhr die Komödie „Straßenmädel" zur zweiten Wiederholung.

Im 7. Philharmonischen Konzert am 15. und 16. April wird Dr. Göhler zum ersten Male eine der großen Spät-Sinfonien Bruckners in Halle zur Aufführung bringen, und zwar die Siebente mit der großen Adagio, das Bruckner 1883 in Erinnerung von Wagners Tod geschrieben hat. — Einer unserer hervorragenden Klavierkünstler, Prof. Max von Pauer, ist als Solist für das zweite Klavierkonzert von Brahms gewonnen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230407-12/fragment/page=0003

VSPD

Halle a. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Hans 42/44, Hintergebäude, 3 Treppen :: Zentral 1050

Halle.

Jungsozialisten. Mittwoch, 11. April, im Jugendheim, Werderstraße 20 (linke Hausität): Jahres-Hauptversammlung. Näheres im lokalen Teil. Vor der eigentlichen Tagesordnung Vortrag des Genossen Stengel. Beginn 7,8 Uhr.

SPD. Grosse Nord. Sonntag früh 7½ Uhr treffen wir uns an der Moritzburgapotheke, Ecke Reilstraße, und um 7 Uhr am Kaffeegarten in Trotha zur Tagesfahrt nach dem Sandersdorfer Busch. Musikinstrumente müssen mitgebracht werden. — Montag, den 9. April: Turnen in der Giebichenstein-Schule. — Dienstag, den 10. April: Spiel und Volkstänze auf der Peißnitz. — Donnerstag, den 12. April Gartenabend im Heim. — Wir bitten die Mitglieder sich recht zahlreich an allen Veranstaltungen zu beteiligen.

— **Gruppe Süd.** Sonntag 2 Uhr am Hallmarkt Treffen.

SPD. Halle-Saalkreis. Sonntag, den 22. April, im Auftrag sekretariat Kreiskonferenz. Tagesordnung: 1. Bericht des Kreisleiters und der Vereine — 2. Der Aufbau unseres Kassierapparates. Ref. Mitglied des Bezirksvorstandes. — 3. Agitationsmöglichkeit. — 4. Verschiedenes.

Der Kreisleiter.

Ammendorf. Dienstag abend 8 Uhr, in der „Warthe": Hauptversammlung Tagesordnung: Vorstandswahlen und Vereinsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Trinkzwang besteht nicht.

Beuna. Sonntag, den 8. April abends ½8 Uhr im „Gasthof Wünsch" Mitgliederversammlung. Gen. Menschick (Merseburg) spricht über: „Ruhrbesetzung und die Aufgaben der Arbeiterklasse". Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Meuchen-Meyhen. Sonntag, 8. April, nachm. 3 Uhr, im „Gasthof zu Meuchen": Oeffentliche Volksversammlung. Landrat Genosse Guske spricht über: „Die politische Lage und die Sozialdemokratie." Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Friedersdorf. Sonnabend, den 7. April: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht des 1. Quartals. — 2. Stellungnahme zum 1. Mai — 3. Neuwahl verschiedener Vorstandsmitglieder. — 4. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber muß jeder Genosse erscheinen.

Sangerhausen. Montag, den 9. April, pünktlich 8 Uhr, in der „Goldenen Aue": Vortrag des Genossen Krüll über „Patriotismus der Patrioten".

Könnern. Sonnabend, den 7. April, abds. 7 Uhr, im „Schützenhaus" Jahres-Hauptversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Stadtverordnetenwahl und die Lehre, die wir daraus ziehen haben. Referent: Genosse Wendorff-Halle. — 2. Bericht der Stadtverordneten. — 3. Neuwahlen. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Mitglied fehlen.

Trebitz b. Könnern. Sonntag, d. 8. April Generalversammlung Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Leiers aus (Halle) über: „Sozialdemokratischen Selbstschutz". 2. Geschäfts- und Kassenbericht 3. Wahlen. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen aller Mitglieder. Freunde der Partei können eingeführt werden.

Mansfelder Lande.

Ahlsdorf. Sonntag, nachm. punkt 3 Uhr, Aktion im „Stadt Hamburg" Oeffentl. Volksversammlung. Landtagsabg. Gen. Drescher-Halle spricht über „Die Ruhrbesetzung und die Folgen für die Arbeiterschaft". Massenbesuch ist erforderlich.

Vereinsanzeiger

Halle.

Verband der Maler, Lackierer, Filiale Halle a. S. Dienstag, den 10. April, abends 7½ Uhr, in „Wildsdorfs Gesellschaftshaus", Karlstraße: Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Esperanto-Bund für das deutsche Sprachgebiet, Ortsgruppe Halle (Saale). Arbeiter, lernt die internationale Sprache Esperanto. Neuer Kursus beginnt am 12. April 1923, 7 Uhr abends, im Zimmer Nr. 7 der Alten Volksschule, Neue Promenade 13.

Deutscher Arbeit.-Theater-Bund
Unterbezirk Halle

Sonnabend den 7. April, abds. 8 Uhr, im großen Saale des „Volksparks":

Unterbezirksfest 1923

bestehend aus 108

Konzert und Theater

Volkspark

Heute Sonnabend und morgen Sonntag:

Konzert und Ball. 8587

Stadt-Theater. Sonntag, abends 7½ Uhr: **Mona Lisa** Montag: 106 **Macbeth.**

Thalia-Theater. Sonntag, abends 7½ Uhr: **Straßenmädel** Komödie 107 von D. Niccodemi.

Mod. Theater. Gastspiele vom 1. bis 14. April: **Erna Aria** die große Tragödin **? Hypnose ?** und 48 **9 Sensationen.**

3 Könige. Ab 1. April: **Die beliebten Schwarzenberg-Sänger.** 8 Jeden Mittwoch: **Kabarett und Tanz**

ZOO 113 Sonntag, d. 8. April, nachm. 4 Uhr: **Konzert** v. Steuerorchester Leit.: Obermusikmeist. Karl Steuer. Abends 7 Uhr: **Groß. öffentl. Ball,** voll. Orchest., vornehme Ballmusik.

Wittekind Sonntag, 8. April, nachm. 4 Uhr: **Künstler-Konzert**

Hypothekenschutzbank Sachsen-Anhalt-Thüringen A.-G. Halle, Rathausstr. 14 verzinst zeitgemäß Kapitaleinlagen mit **12—18 %** und führt Börsenaufträge zu kulanten Bedingungen aus.

Optiker **C. Schaefer,** Gr. Steinstr. 20 a liefert für **alle Krankenkassen.** 82

Möbel-Thormann liefert noch billigst Speisezimmer, Schlafzimmer, Küchen, Schränke, Vertikos, Tische, Stühle, Schreibtische, Chaiselongues in guter Auswahl. 64 Brüderstr. 14 (a. Markt).

Meier zahlt noch immer die höchsten Preise! Iltis-Marderhunde- Ziegen-Kanin- **Felle** Katzen auch lebend. Brüderstraße 7. Eingang Kl. Steinstr. Karte genügt. 98 — Hole selbst ab. —

Preiswerte Bezugsquelle 81 **Seilerwaren** aller Art **Hensel & Kups,** Königstraße 62. Teleph. 5873.

Wäschemaschinen repariert und setzt neue Walzen ein **Otto Spermann** geb. Wethalle, Fernspr. 6584

Gebildet. jung. Mann sucht z. 1. Mai ungest., gerdum. möbl. Zimmer gegebenenf. m. Klavier. Angeb. m. Preisangabe u. V. H. 14 an die Expedition dies. Zeitung.

Manvergleiche die Süßkraft von **Süßstoff**

1 H-Briefchen — reichlich 1 Pfund Zucker
100 Tabletten — 1½ Pfund Zucker
200 „ — 3 „ „
500 „ — 7½ „ „
Eine Tablette — 1½ „ „

Süßstoff ist rein im Geschmack, bequem zu verwenden, bekömmlich und immer noch **sehr billig.** 85

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Galgenberg 92 Telephon 6905 unübertroffen in seiner **Färberei u. chem. Reinigung** Eigene Läden: Gr. Steinstr. 36, Königstr. 25, Geiststr. 36, Steinweg 25, Leipziger Straße 60, Markt 13, Ludwig-Wucherer-Straße 7.

Die höchsten Preise für **Rohprodukte,** sowie **Alt-Eisen, Metall-Bruch** zahlen **Hermann Friedmann & Co.,** Thomasiusstraße 35 (Ecke). 89

Farben — Lacke — Firnis
Oelfarben — Lackfarben
streichfertig 102
in nur erstklassiger Qualität, preiswert.
Mauß & Co., Herrenstr. 11
Großhandlung für Farben und Oele
Fernsprecher 4708 Fernsprecher 4708

Die ewig Hungernden

Ein Roman aus Mansfelds Not von Fritz Ginstermann.

Soziale Bilder und Kämpfe aus dem großen Mansfelder Bergarbeiterstreik und deren politische Nachwehen der letzten Jahre.

Sonderausgabe des Verlag Volksblatt G. m. b. H. Halle

Preis 1000 Mk. (Porto 40 Mk.)

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt; Abonnenten gegen Vorlegung der Abonnementsquittung den angekündigten Vorzugspreis. — Bestellung und Geldeinsendung mittels Zahlkarte an das Postscheckkonto 20319 Verlag Volksblatt G. m. b. H. Halle, Postscheckamt Erfurt, erbeten.

Volksblatt-Buchhandlung, Halle
Große Ulrichstraße 27.

Wo sollst Du kaufen?
Nur bei den Inserenten des „Volksblattes"

Grammophon-Platten 1500.—
August Kraft
nur Filiale Geiststraße 49. 98

Achtung, Radfahrer! Ab Freitag, den 13. April, billige Gummiringe in Fahrrad-Mänteln und Schläuchen.

Arbeitsmarkt

Rohrleger, perfekt für Gussmuffendruckrohre, stellen sofort ein. 111 **Mühlhaus & Schulze,** Weißenfels.

91 **FREBAR** seit fast 20 Jahren die erfolgreichste Originalmarke für Frauen gegen Störungen der Blutzirkulation nervöse Kongestionen etc. Vorsicht vor kostspielig., oft völlig wertlosen Kisteln. Nur die Schutzmarke „Frebar" garantiert die Echtheit (Tropfen, Pulver, Tee, Badekräuter). — Vollkomm. unschädl.! Hauptdepots: E. Kerscher, Gummiwarenhaus, Leipz. Str.; Fr. Speer, Gr. Ulrichstr.; C. Hoppenbach, Gr. Ulrichstraße 41.

Konsum-Verein Teutschenthal u. Umg. e. G. m. b. H.

Sonntag, den 15. April, nachm. von 3 Uhr an findet im Lokale des Gastwirts Herrn Karl Schumann in Unter-Teutschenthal eine außerordentliche Generalversammlung mit nachstehender Tagesordnung statt:

1. Beratung und Beschlußfassung über die am 4. März 1923 gefaßten Generalversammlungsbeschlüsse betreffend Abänderung des § 10 Abs. 5, § 38 Abs. I und II der Vereinssatzungen.
2. Betr. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates über Anstellung des dritten Vorstandsmitgliedes.
3. Genossenschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Der Aufsichtsrat:
114 Franz Schuster, Vorsitzender.

Gastwirte! Bevor Sie **Weinbrand-Verschnitt** kaufen, probieren Sie bitte meinen **Trink-Branntwein** 38/40% (Weinbrand-Destillat und Obstsprit) **à Ltr. 7500 Mk.** Muster kostenlos zu Diensten. **A. Willy Friedrich** Wein und Spirituosen. Zum Großhandel zugelassen. Halle (S.), Gütchenstr. 14

Zu 88 **Großhandelspreisen** empfehle ich **Hemdentuche, Stangenleinen, Linons, Bettinlette** und andere **Wäschearikel** eigener Ausrüstung in ganzen oder halben Stücken direkt an Verbraucher wie Brauteute, Nähstuben, Nähschulen und Einkaufsvereinigungen. **R. A. Otto Herrmann** Halle a. S., Magdeburger Str. 9.

Felle sammeln die Ziegelseit beginnt, er zahlt **äußerst hohe Preise** die **Hallische Fellhandlung G. m. b. H.** Sophienstr. 40 u. Fernspr. 3468. **Überzeugt Euch!**

Huflattichblüten, Speckblumen u. Schöllkraut kauft 86 **Wilhelm Kathe A.-G.** Gr. Märkerstr. 7 und Rainstr. 19

Fahrräder Mäntel — Schläuche 100 billigst **Fahrrad-Haus** Gr. Klausstraße 7.

Guterhaltene **Kücheneinrichtung** Mk. 85000. Vertiko 65000. Kleiderschr. 85000. verkauft 101 Rathausstraße 17, Inf.

Stempel liefert **Otto Schneiders Stempelfabrik** Tel. 1700 78

Höhere Preise für alle Sorten **Felle, Häute Wolle** 80 Fellhändlern Ausnahmepreise **Gebr. Danglowitz** Fellzurichterei Fischerplatz 2

Es gibt gegen Störungen u. krankhafte Erscheinungen der monatlichen Regel zahllose Mittel, von denen jedes das beste sein möchte. Die **kluge Frau** d. keine Enttäuschung erleiden will, wendet sich an mich. Bitte schreiben Sie sofort. Völlig unauffällige Bedienung. **Versandhaus Hygienia,** Hamburg I, Schließfach 29. O. R. 38

Gewissenhafter Klavier-Unterricht wird ert. Bed. 500 Mk. Friesenstr. 30, I links.

Metallbetten Stahlmatratzen, Kinderbett. dir. an Priv., Kat. 27 E frei. 80 Eisenbettenfabrik Suhl (Th.)

Druckaufträge jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber **Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei**

104 Ich habe mich in **Braunsdorf, Siedelung 41** als Hebamme niedergelassen **Ida Simet**

Wichtig!
Erlösung von der Schwangerschaft!
Ein Ratgeber für Eheleute! Von Luise Otto.
Preis nur 400 Mk., mit Porto 450 Mk.
Baldige Bestellung erwünscht.
Um Voreinsendung wird gebeten
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., auf Gr. Ulrichstr. 27
Bestellung der Portoersparnis halber mit gleichzeitig. Ueberweisung des Betrages mittels Zahlkarte auf unser Postscheckkonto 203 19 Verlag Volksblatt. G. m. b. H., an das Postscheckamt Erfurt erbet.

Schokoladen Zuckerwaren usw. kaufen Wiederverkäufer am billigsten bei **Bachran & Co.,** Markt 6 (gegenüber Börse). 85

Schürzen Wäsche eigener Anfertigung kaufen Sie stets vorteilhaft bei **Paul Juneck** Schürzen- und Wäschegeschäft Halle, Nur Herrenstraße 25 Bitte genau auf Hausnummer zu achten! 58

Werfebung Kleine Ritterstraße 17 **Singer** Halle a. S. Geiststraße 23 Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.

Billige Möbel auf Teilzahlung
Speisezimmer, Schlafzimmer, schöne Küchen, Korbmöbel, :: Einzelmöbel aller Art ::
Große Auswahl.
Kredit auch nach auswärts. 99
N. Fuchs, Möbelhaus, Halle, Gr. Ulrichstr. 58, I, II, III.

Frauenhaar auch in den kleinsten Mengen kaufen und zahlen bis **3000 Mk.** per Kilo **W. Zanke & Co.,** Haarmanufaktur, Halle a. S., Beesener Str. 38. Tel. 1317. Aufkäufer in jedem Ort gesucht!

Geschlechtsleidende!
Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Berufsstr.; auffällig, Broschüre m. ärztl. freiwill. Dankschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Mannesschwäche, 4) Weißfluß kostenlos in verschlossn. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsendung von Mk. 50.— für Porto etc.
— Leiden genau angeben! —
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H., Berlin 49 ...., Lietzenauerstr. 22.

Billige böhmische Bettfedern
1 kg: graue geschlissene Mk. 13000.—, halbweiße Mk. 16000.—, weiße Mk. 20000.—, bessere Mk. 24000.—, daunenweiche Mk. 30000.— u. Mk. 40000.—, beste Sorte Mk. 50000.— u. 60000.—, weiße ungeschlissene Rupffedern) Mk. 26000.—, Mk. 35000.—, Mk. 42000.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes No. 291 bei Pilsen, Böhmen. 941

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230407-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. April 1923.

Umwege zur Begräbnisverbilligung.

Wann Kommunalisierung des Bestattungswesens?

Aus einer Verfügung des Ministers des Innern, die den Zweck verfolgt, die Bestattungskosten für weite Volkskreise erträglicher zu gestalten, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mit:

Im Einvernehmen mit dem Volkswohlfahrtsminister und dem Kultusminister sollen die bestehenden Polizeiverordnungen, Friedhofsordnungen usw. — nötigenfalls im Einvernehmen mit den Religionsgesellschaften — auf Wunsch des Innenministers daraufhin durchgesehen werden, ob mit Rücksicht auf die heutigen Zeitverhältnisse einzelne Vorschriften im Interesse der Kostenersparnis aufgehoben oder erleichtert werden können, soweit es sich mit den sanitären Vorschriften, dem Gebot von Sitte und Anstand sowie den Gesetzen irgend vereinbaren läßt. Die Bevölkerung soll im weitesten Umfange auf die Wohltaten der privaten, kirchlichen und gemeindlichen Sterbekassen hingewiesen werden. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die eigene Forsten besitzen, ist zu empfehlen, billiges Holz zur Herstellung von billigen Särgen abzugeben; eine gleiche Anregung soll gegebenenfalls bei den Besitzern größerer Privatforsten erfolgen. Endlich soll mit den Sargtischlereien und Beerdigungsinstituten Fühlung genommen und ihrer Preisbildung ein besonderes Augenmerk gewidmet werden.

•

Wir glauben nicht, daß die angekündigten Maßnahmen nennenswerten Erfolg haben werden, da sie wohl lediglich die Nebengebühren vermindern und die Grundübel nicht beseitigen. Das einzige Mittel, den Angehörigen der armen Volksschichten das Begräbnis ihrer Toten noch möglich zu machen, ist die Kommunalisierung des Begräbniswesens. In Halle sind wenigstens einige — wenn auch ungenügende — Maßnahmen in dieser Richtung getroffen worden. Was die Verfügung vor den Gemeinden fordert, ist ja kaum etwas anderes als das, was man in Halle versucht hat: Selbsthilfe. Eine wichtige Forderung zur Verbilligung der Bestattungen ist trotz aller staatsbehördlichen Stellungnahmen zu den Fragen noch immer unerfüllt, wenn nicht überhaupt unbeantwortet. Es handelt sich um das Ersuchen, von dem Zwang, auch bei Einäscherungen die teuren Holzsärge zu verwenden, Befreiung zu erteilen. Wir hoffen nicht, daß dem Wunsch in der Auslassung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes mit dem Hinweis auf das „Gebot von Sitte und Anstand" begegnet sein soll. Denn es erscheint uns weit weniger sittlich und anständig, daß Leichen, zu deren Bestattung die Mittel fehlen, tagelang in ihrer elenden Behausung liegen bleiben, wie das selbst in Halle schon vorgekommen ist.

Staatliche Unterstützung der Presse.

Druckaufträge an Zeitungsdruckereien. • Wiederbelebungsversuche an Kreisblättern?

Um die ständig wachsende Notlage der Presse lindern zu helfen, hat der preußische Minister des Innern eine Verfügung herausgegeben, die dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge nachstehenden Wortlaut hat:

„Für Erhaltung der Lebensfähigkeit der Presse, namentlich auch der unterstützungswürdigen Provinzpresse, die ein wertvolles Kulturgut darstellt, ist es neben den sonstigen Maßnahmen zur Linderung der Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes erwünscht, die Zeitungsdruckereien möglichst mit staatlichen und kommunalen Druckaufträgen zu bedenken, soweit in der Vergebung der Staatsaufträge freie Hand gegeben ist, insbesondere staatliche Druckereien nicht vorhanden sind."

•

Die Verordnung entspricht nicht nur einem dringenden Bedürfnis für die Presse (denn viele Behörden glauben noch in der Zeit der höchsten Pressenot, die Zeitungen seien nur zur unentgeltlichen Aufnahme von Bekanntmachungen ohne Anspruch auf jedwede Unterstützung da), sondern sie ist von der verordnenden Stelle auch zweifellos gut gemeint. Dennoch erneuert sie die Gefahr, daß z. B. die monarchistischen Blätter in der Provinz, die Kreisblätter und die anderen Presseerzeugnisse, die bereits im Aussterben begriffen waren, neue Lebensmöglichkeiten erhalten. Schon vor längerer Zeit erging eine Verfügung des preußischen Ministers des Innern, nach der die Zeitungen, deren Kampf sich offen gegen die Republik richtet, keinesfalls auch nur mittelbar mit Staatsgeldern unterstützt werden dürfen. Die Verfügung hatte jedoch in erster Linie praktische Bedeutung für die Vergebung von amtlichen Bekanntmachungen. Da hier eine andere Form der Unterstützung der Presse in Frage kommt, muß den Staatsbeamten, die nicht das nötige Unterscheidungsvermögen besitzen, gesagt werden, daß die Republik es sich auch nicht leisten kann, ihren Feinden die Munition in Gestalt von staatlichen Druckaufträgen zu liefern.

Parteinachrichten.

Große Funktionärsitzung.

Montag, den 9. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (Rauchzimmer): Große Funktionärsitzung. Die Mitglieder des engeren Ortsvorstandes wollen sich bereits um 7 Uhr zur Vorbesprechung einfinden.

Jungsozialisten. Unsere Jahreshauptversammlung findet Mittwoch, den 11. April, im Jugendheim, Weidenplan 20 (linke Haustür), statt. Tagesordnung: 1. Jahresarbeitsbericht, Kassenbericht. 2. Bericht der Kassenprüfer. 3. Neuwahl des Vorstands. 4. Anträge und Verschiedenes. — Anträge sind bis Dienstag, den 10. April, an den vorl. 1. Vorsitzenden Genossen Richard Franke, Parkstraße 14 III l., einzureichen. Der Abend wird durch einen Vortrag des Genossen Stengel eingeleitet. — An alle jungen Parteigenossinnen und -genossen ergeht die Aufforderung, rechtzeitig (Beginn 1/28 Uhr) zu erscheinen. Der Vorstand.

An die Ortsgruppen des Saalkreises

ergeht die dringende Bitte, sofort abzurechnen.

Kreisleitung der SAJ.

• Unsere neue Sportbeilage wird heute zum erstenmal zu den Sportgenossen und Sportfreunden kommen. Leider mußten wir es vorläufig mit der Hergabe einer halben Seite genug sein lassen; sie geht diesmal noch auf Kosten der Jugendbeilage. Die Raumnot muß auch das entschuldigen. Der Wille zur bestmöglichen Ausgestaltung der Zeitung auf dem gegebenen Raum muß stärker als alle kleinen Bedenken sein. Der Ausbau der Sportbeilage hängt von dem Grade der Mitarbeiter aller Genossen ab. Es kommt dabei weniger darauf an, daß viel geschrieben, als vielmehr darauf, daß schnell berichtet wird.

Künstler vor die Front!

Die Zerstörung des Stadtbildes. • Protest der Hallischen Künstlerschaft.

Aufgaben für den Künstlerrat.

Ein Mann, der Steine aufeinanderschichten läßt und doch nicht baut, sagte kürzlich beim Anblick einer Schöpfung Walter Gropius': „Eine statische Berechnung ist eine statische Berechnung — ob man eine Irbse auf hat oder nicht!" (Mit „Irbse" ist die Kopfbedeckung der Schüler des von Gropius geleiteten Staatlichen Bauhauses in Weimar gemeint.) Die Kräfteentfaltung nach der Revolution verscherzte uns einen Reichskunstwart, der zwar nicht über die „Irbsen", wohl aber darüber zu wachen hat, daß nicht die zum Führer der Bauenden werden, deren Gestaltungsprobleme sich mit der statischen Berechnung lösen. Die Ersetzung eines Reichskunstwarts beweist ja eigentlich schon, wie wenig allgemeiner Kulturwille, künstlerisches Verantwortungsgefühl und künstlerische Selbstzucht bei uns gerade dort sind, wo die schöpferischen Kräfte auf den größten Kreis wirken sollen. Am Theater würde es niemanden einfallen, den Mann zum Intendanten oder Dramaturgen zu machen, der die Kulissen am schnellsten so aufbauen kann, daß sie nicht umfallen. Aber auch ein Reichskunstwart vermag die zur Kunst- und Kulturbestimmung in erster Linie Berufenen, die Ausführenden, nicht zu zwingen, das geistige Schwergewicht aus der Statik in die Dynamik zu verlegen. Er wird hauptsächlich ausschaltend wirken können — wenn er mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist. Im Rahmen des Möglichen wollte man den Reichskunstwart allerdings das Höchste leisten lassen. Er soll über das Belächeln der neuen Briefmarken hinauskommen und tätigen Anteil am werdenden Leben draußen im Lande nehmen. Das von Berlin aus zu tun, ist undenkbar. Der Reichskunstwart soll Führer und Augen, soll Mitarbeitende in den Städten haben.

Ist das notwendig? Die Erfahrungen lehren, daß es ist! Daß die städtischen Körperschaften beschlossen, das billigere Projekt zur Schaffung des Umformergebäudes unter dem Siegesdenkmal am Markt fallen zu lassen und das Hunderte von Millionen teuerere am Hallmarkt in Angriff zu nehmen, gehört nicht hierher, sei aber des Zusammenhanges wegen erwähnt. An der Verteuerung des Baues aus parteipolitischen Gründen (man wollte die wesentlichste Verkitschung des Marktplatzes aus einem Aberglauben heraus erhalten) hat die Allgemeinheit noch wenig Anstoß genommen. Man sieht es dem Bau nicht an. Aber eins lassen die Vorbereitungen schon heute erkennen: daß die Errichtung des Gebäudes an der Terrasse der Marktkirche dem Stadtbild zur Verderbnis wird.

Wir hatten uns, offengestanden, bereits gewundert, daß die hallische Künstlerschaft, die an der belebten Ausgestaltung unserer Stadt besonders in letzter Zeit so unmittelbaren Anteil nahm, die Greueltat schweigend geschehen ließ. Heute geht uns nun ein Schreiben zu, das die hallischen Künstlerorganisationen — leider für diesmal zu spät — an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung gerichtet haben. Es heißt darin:

Die Einrichtung des Transformatorengebäudes am Marktplatz betrifft einen Teil des Stadtbildes, dessen Bedeutung weit über die Grenzen Halles hinausreicht. Die Behandlung dieser Frage in den städtischen Körperschaften gibt den unterzeichneten Verbänden Anlaß zu folgender Erklärung:

Bei Fragen künstlerischer Art von allgemeiner Bedeutung für das hallische Stadtbild und Kulturleben sollte allen freischaffenden Kräften der hallischen Künstlerschaft rechtzeitig Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben werden. Wir bitten, dem grundsätzlich zuzustimmen und uns rechtzeitig zur Neuäußerung und Mitwirkung heranzuziehen. Zu diesem Zweck bitten wir, unsere Vertreter zu empfangen und Vorschläge über die Form solcher Zusammenarbeit entgegenzunehmen.

Hallische Künstlergruppe.
Bund Deutscher Architekten (Landesbez. Sachsen-Anh.)
Künstlervereinigung „Der Pflug".

Nach unserer Auffassung wäre der bequemste Weg des Einflusses der Künstlerschaft der über den Hallischen Künstlerrat. Der Künstlerrat, der sich um die Ausführung der künstlerischen Notstandsarbeiten im Jahre 1919 große Verdienste erworben hatte und bis in das Jahr 1920 hinein erfolgreich tätig gewesen ist, besteht heute noch. Der Magistrat, der ihn anerkannt und ausgezeichnet mit ihm gearbeitet hat, scheint ihm schließlich die sichtbaren Aufgaben entzogen zu haben. Jedenfalls ist das Schaffen des Künstlerrates jetzt das in der Stille. Es gibt zweifellos Stellen, denen die Stille wohltut, und die glauben, die Spitzenkörperschaft der hallischen Künstlerverbände sei selig entschlafen.

Wie die Dinge liegen, ist noch nicht einmal ein künstlichen Wiederbelebungsversuch notwendig. Die Aufgaben sind da. Sie liegen auf den Straßen herum und schreien geradezu nach dem Künstlerrat. Wir möchten nicht verfehlen, noch an eine andere segensreiche Einrichtung zu erinnern, deren Schaffung dem Künstlerrat zu danken ist. Als im Jahre 1919 die Notstandsarbeiten an hallische Künstler vergeben wurden, lag die Gefahr nahe, daß Plan, Auswahl und Vergebung in den Deputationen nach ähnlichen Gesichtspunkten, wie die bei dem Eingang des Artikels erwähnten Baumannes es sind, geschehen würden. Solche Möglichkeiten wurden damals durch die Beiordnung von Künstlern zu den städtischen Deputationen ausgeschaltet. Heute sind die Möglichkeiten bereits zur traurigen Tatsache geworden, weil das Notwendige durch die Vergeßlichkeit der Behörden und die Passivität der hallischen Künstlerschaft zum scheinbar Ueberflüssigen geworden ist.

Und doch sind die Aufgaben da. Noch da oder wieder da — ganz gleich: sie müssen erfüllt werden. Künstler vor die Front! △

So ähnlich wie Preisstabilisierung.

Die Preise in der letzten Woche.

Die Preisbewegung der ersten Aprilwoche sieht schon eher nach einer Stabilisierung am Watenmarkt aus als die Entwicklung im verflossenen Monat. Neigung, wenigstens eine gewisse Festigkeit der Preise eintreten zu lassen, besteht offenbar nur nicht bei den Erzeugern und Händlern von Milch, Butter, Käse und Eiern. Das wird daraus zu verstehen sein, daß hier die Entwicklung der Dinge vornehmlich von agrarischen Kreisen bestimmt wird. Leider wird heren Bestreben nach Preissteigerung von den unverständigen Teilen des laufenden Publikums noch unterstützt. Ein Gang über den Wochenmarkt zeigt das mit Deutlichkeit. Wenn es auch begreiflich ist, daß dem Wucher mit den unentbehrlichen Nahrungsmitteln nicht der volkswirtschaftlich notwendige Widerstand entgegengesetzt wird, so ist es doch höchst verhängnisvoll, daß zum Beispiel für Gänse mit Körpermaßen, die selbst ein rekrutierender Stabsarzt des wilhelminischen Heeres für unzulänglich gehalten hätte, Zehntausende gezahlt werden. Der Erfolg macht die Verkäufer kühn und vorstoßlustig auch mit den Preisen der lebensnotwendigen Dinge. Etwas mehr Beherrschung des Wassers im Munde und der Elemente einer vernünftigen Preispolitik durch die Käufer würde den Verkäufern zuweilen lehrreiche Erfahrungen und den Verbrauchern wesentliche Vorteile verschaffen.

Auf dem Wochenmarkt zogen die Preise für Fische wieder an.

•

Die Preise vom Wochenmarkt.

Kleinhandelspreise am 7. April.

Tafeläpfel das Pfd.	200—400 M.	grüne Heringe das Pfund	420 M.
Mus- oder		Her. (Schotten)	1400—1500 „
Kochäpfel	70—200 „	Seelachs	900—1000 „
Tafelbirnen	300—375 „	Bücklinge	900—1100 „
Weißkohl	200—280 „	Schellfisch (ger.) b. Pfund	1100 „
Rotkohl	250—400 „	Gänse das Pfund	— „
Wirs.-Kohl	225—350 „	Hühner b. Pfund	1500—2000 „
Rosenkohl	— „	Tauben b. Stück	1000 „
Grünkohl	300 „	Kaninchen das Pfund	— „
Spinat	125—200 „	Ziegenfleisch	
Mohrrüben	50— 80 „	das Pfund	2200—2600 „
Kohlrüben	100—180 „	Eier das Stück	320 - 340 „
Kohlrabi	35— 70 „	Molkereibutter	
Sellerie das Stück	35— 70 „	das Stück	4100—4300 „
Zwiebeln das Pfund	25— 40 „	Bauernbutter	
Rhabarber b. Bund	200—250 „	das Stück	3900—4100 „
Raps das Pfund	200—250 „	Quark das Pfund	800 „
Rapinachen	350—400 „	Käse das Pfund	1600—1800 „
Blumenkohl	1000—2600 „	Mus das Pfund	600—700 „
Kohlrabi das Pfund	900—1000 „	Kartoffeln das Pfund	40 „

Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis Halle.

Zweckmäßige Nahrung für das Volk.

Man muß sagen, daß sich die Deutschnationalen redliche Mühe geben, für das Volk in seiner Gesamtheit zu sorgen. Hergt und Helfferich, die ja, wie jedermann weiß, immer ein warmes Herz für das Volk gehabt haben, zerbrechen sich den Kopf und salzen jeden Schluck des guten 1921ers mit bitteren Tränen, angesichts der Not der armen Leute, und ein Herr v. S. in der „Kreuz-Zeitung" vom 4. April beschäftigt sich intensiv mit der Frage, welches die zweckmäßigste Nahrung für das Volk wäre. Er zitiert dort Prof. Hiemann, der (in der „Medizin. Klinik") auf das Vorurteil hinweist, das im Volke immer noch gegen Seefische und Weißfische besteht, die wesentlich billiger sind als Eier, die als Nahrungsmittel viel zu hoch eingeschätzt werden. Nach Arons Zusammenstellung zahlte man im Mai 1922 für 1000 Kalorien:

Markenbrot	8 Mk.	Zucker (Ausland)	12 Mk.
Brot oder Mehl ohne		Zucker (Inland)	8 „
Marken	6 „	Für 100 Gramm Eiweiß bei Quark	12 „
Kartoffeln	5 „	Buttermilch	14 „
Reis	7 „	Markenbrot	12 „
Margarine	10 „	Kartoffeln	20 „
Milch	12 „	Milch	26—28 „
Butter	20 „	Reis	36 „
Quark	21—24 „	Fleisch (mager)	50 „
Fleisch (fett)	30 „	Fleisch (fett)	75 „
Fleisch (mager)	90—1000 „	Eiern	60—70 „
Eier	50 „		

Soweit gut. Herr v. S. in der „Kreuz-Zeitung" ersieht aus dieser Zusammenstellung das folgende:

„Hiernach besteht die zweckmäßigste Nahrung für das Volk aus Markenbrot, Kartoffeln, Margarine, Milch, Quark, Zucker. Salat und Reis wird viel zu wenig gegessen und Gemüse sind leider zu teuer."

Das ist ein offenes Wort am rechten Ort. Nun wissen wir wenigstens, was das Volk essen muß, um lebens- und arbeitsfreudig zu bleiben. Eben all die guten Dinge wie Markenbrot, Kartoffeln, Margarine, Milch, Quark, Salat und Reis. Die weniger guten, wie Fleisch, Butter, Eier und sonstigen Delikatessen bleiben für die anderen, die bereits gemästeten, mit der Lebensfreude im Bauch. Inzwischen wird das Volk von all der guten Margarine und den Kartoffeln auch dick und rund und alles lebt herrlich und in Freuden.

Deutsches Volk, jetzt weißt Du, was Dir gut tut.

Abgabe der Steuererklärungen!

Keine Fristverlängerung mehr.

Irrtümlichen Annahmen gegenüber wird darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Verlängerung der Steuererklärungsfrist vollständig ausgeschlossen ist. Die Steuererklärungen müssen vielmehr bis Ende April abgegeben sein und die vorgeschriebenen Zahlungen geleistet werden. Die Steuerpflichtigen werden im eigenen Interesse gut daran tun, nicht bis zum Schluß des Monats zu warten, sondern schon jetzt die Abgabe der Erklärungen und der Zahlungen vorzubereiten. Wer bis Ende April keine Steuererklärung abgegeben hat, muß sein Einkommen und Vermögen schätzen und danach die vorgeschriebenen Zahlungen leisten. Wer zu wenig zahlt, hat sehr beträchtliche Strafzahlungen zu gewärtigen.

• Falsche Reichsbanknoten zu 50 000 Mk. Von den in Schwarzdruck ausgeführten Reichsbanknoten zu 50 000 Mk. mit dem Datum des 19. November 1922 ist eine Fälschung aufgetaucht, bei der das bei echten Noten auf der rechten Seite in das Papier eingeformte Wasserzeichen — Eichenlaub und Kreuzdorn darstellend — fehlt oder mangelhaft nachgebildet und in der Durchsicht nicht oder nur schwach zu sehen ist. Die orangeroten, bei echten Noten in das Papier eingebetteten Fasern sind durch ähnlich gefärbte Druckstriche, die sich mit einer Nadel vom Papier nicht abheben lassen, vorgetäuscht. Vor Annahme dieser Nachahmung wird gewarnt und für die Prüfung empfohlen, sich die Beschaffenheit der echten Noten genau einzuprägen.

• Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung. Die Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 1. März 1923 von 4,2 Millionen Mark auf 7,2 Millionen Mark erhöht worden. Eine Aenderung der bisherigen Beitragsklassen ist nicht erfolgt. Es sind mithin bei einem monatlichen Verdienst von 60 000 bis 600 000 Mk. Beiträge in Klasse 12 mit monatlich 4840 Mk. zu zahlen. Wer die Versicherungspflichtgrenze überschreitet, scheidet erst mit dem 1. Tage des vierten Kalendermonats

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230407-12/fragment/page=0005

nach Ablauf der Frist [illegible] pflichtet sind. Die Bestimmung [illegible] nur gilt, wenn der Angestellte seinen [illegible] Stellung nicht wechselt, ist ausgeschlossen.

• **Annahme gewöhnlicher Pakete durch die Paketbesteller.** Die Paketbesteller in Halle dürfen [illegible] an die Postanstalt annehmen. [illegible] kann schriftlich oder durch Fernsprecher Nr. [illegible] bei dem Postamt 2 (Thielenstraße 2a) bestellt werden. Für die Bestellschreiben oder -karten, zu denen [illegible] benutzen sind, wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkasten gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete entweder in den Häusern, die sie zum Bestellen oder Abholen betreten, oder an den Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Für jedes Paket ist außer der Freigebühr eine Nebengebühr von 100 Mk. vorauszuentrichten.

• **Prüfungsamt für Kurzschrift.** Die die Handelskammer in Halle, Franckestraße 5, mitteilt, findet die nächste Prüfung für Stenographen aller Systeme am Sonntag, dem 15. April, vormittags 9 Uhr, in der Kaufmännischen Berufsschule in Halle, Sophienstraße 27 (Eingang Luisenstraße), part., Zimmer 8 und 4, statt. Anmeldungen werden bis Donnerstag, den 13. April, angenommen. Prüfungsordnung und Anmeldebogen werden gegen Voreinsendung von 75 Pf. vom Bureau der Handelskammer verabfolgt.

• **Tragen von Zivilkleidung der Schutzpolizeibeamten.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bestimmt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Finanzminister, daß für das Tragen eigener Zivilkleidung im Dienstinteresse folgende Entschädigung an Beamte der Schutzpolizei gezahlt werden können, wenn wenigstens 14 Tage lang ununterbrochen eigene Zivilkleider getragen werden müssen: vom 1. Januar 1923 an täglich 100 Mk., vom 1. Februar 1923 an täglich 200 Mk.; in den übrigen Fällen vom 1. Januar 1923 an täglich 50 Mk., vom 1. Februar 1923 an täglich 100 Mk. Im ersten Falle haben die Beamten ihre Dienstkleidung — mit Ausnahme der Hemden, Unterhosen, Strümpfe und Fingerhandschuhe — auf der Kammer abzugeben, solange die Entschädigung gezahlt wird. Das Tragen von Zivilkleidung ist auf das unumgängliche Maß, also auf Ausnahmefälle, zu beschränken. Für die Beamten im Einzeldienst erteilt die Genehmigung zum Tragen eigener Zivilkleider der Inspektionsleiter, wo ein solcher nicht vorhanden ist, der Kommandeur der Schutzpolizei.

Film und kleine Bühne.

• **U.-T., Alte Promenade.** Einen Fünfakter voll sich steigernder dramatischer Wirkung schuf Friedrich Felnik unter dem Titel „Lyda Sianin". Der Kampf des Weibes um Liebe und gegen Schurkerei, Kampf der Seele und mit Werkzeugen der Vernichtung. Ueberflüssig zu sagen, daß Lya Mara auch hier als die Fragende großen Formats erscheint. — Lustiges bringt der dicke Bill mit seinen wahren und geträumten Erlebnissen. — Auch eine Sportschau erscheint nach langer Zeit wieder einmal auf der weißen Fläche. Es ist ein Autorennen in Straßburg, als dessen Sieger der bekannte italienische Fahrer Nazzaro gefeiert wurde.

• **U.-T., Leipziger Straße.** „Komödiantenkind" — ein Stück von künstlerischem Wachstum und menschlichen Leidenschaften Vater- und Kindesliebe weiterfern um die Krone des Lebens. Schließlich siegt über goldene, aber holde Verführungen. — Viel Lachen erregt die Groteske „Bonton". — Schöne Landschaftsaufnahmen zeigen die weitere Umgebung der sächsischen Hauptstadt mit Loschwitz und Pillnitz und Elbpartien.

Versammlungen und Veranstaltungen.

• **Arbeiter-Bildungsschule.** Es ist geplant (Sonntag) nachmittag 3 Uhr im Stadttheater zur Aufführung gelangende komische Oper „Der Barbier von Sevilla" sind noch Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen für Sessel und Sperrsitz (1200 Mark) und für 3. Ring (600 Mk.) bei Kutschbach, Gr. Klausstraße 7, und eventuell auch noch vor der Vorstellung im Kassenraum des Theaters zu haben.

• **Der Deutsche Arbeiter-Theaterbund** begeht sein diesjähriges Unterbezirksfest am Sonnabend, dem 7. April, im großen Volkspavillon. Neben den Darbietungen einer guten bunten Bühne gelangt Preczangs Drama: „Im Hinterhause" zur Aufführung. Ein gutbesetztes Orchester verspricht nach Schluß der Vortragsfolge ein gemütliches Tanzchen.

• **Volkspark.** Heute, Sonnabend, im großen Saal Frühjahrsball des Theaterbundes; im kleinen Saal Ball des Sattlerverbandes. Morgen, Sonntag, findet im großen Saal das Vergnügen der Mitteldeutschen Spielvereinigung und im kleinen Saal das Vergnügen des Tanzzirkels „Martini" statt. In den unteren Räumen das beliebte Freikonzert.

Wetter-Voraussage.

Sonntag, den 8. April: Anwechselnd heiter und wolkig, etwas kühl, strichweise etwas Regen.

Montag, den 9. April: Teilweise heiter, vorwiegend trocken, nachts kühl, Reif, tagsüber ziemlich mild.

Aus der Provinz

Preisaufbau statt Preisabbau.

Ausländisches Getreide billiger als deutsches.

Wenn Arbeiter, Angestellte und Beamten werden höhere Löhne und Gehälter nicht bewilligt. Zum Teil wird von ihnen schon verlangt, sich mit bedeutenden Lohnen zufrieden zu sein. Und wer sich nicht fügt, der fliegt, der wird ausgesperrt. Das Unternehmertum verweist auf den Preisabbau, der in Wirklichkeit so gut wie gar nicht existiert. Marxsche ist Gesetz geworden. Der Butter dagegen ist bedeutend teurer. Wahre Wucherpreise werden gefordert, und keine Behörde schreitet dagegen ein. Ja, die Behörden sehen auf Grund der höheren Butterpreise höhere Milchpreise fest. Die Mieten sind im April überall ganz bedeutend erhöht worden. Tut nichts! Die Unternehmer sprechen trotzdem vom Preisabbau. In die Zeit des sogenannten Preisabbaus fällt auch die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide. Auf dem Getreidemarkt macht sich wieder eine infame Preistreiberei bemerkbar. Die Produkte werden vom Markt möglichst ferngehalten, und auf diese Weise werden die Preise hinaufgetrieben, da die Nachfrage schließlich doch einsetzt. In der letzten Zeit sind die Preise für einen Zentner Weizen und Roggen wieder um 5000 bis 10 000 Mk. gestiegen, und sie würden weiter in die Höhe gehen — wenn nicht die ausländische Konkurrenz vorhanden wäre. So berichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten" von der Berliner Produktenbörse:

Aus der Provinz ist das Getreideangebot weiter klein und höhere Preise für Roggen wären zu erzielen gewesen, wenn nicht billiger gestellte ausländische Forderungen für amerikanischen wie nordrussischen Roggen Preiserhöhungen der Inlandsware verhindert hätten.

Ist das nicht eine prächtige Illustration zu dem Kapitel Preisabbau? Das ausländische Getreide schützt zurzeit die deutschen Brotesser vor weiteren Preiserhöhungen. Dabei ist es noch mit den hohen Transportkosten belastet. Trotzdem ist es billiger als das inländische Getreide. Daraus kann man ermessen, was die deutschen Getreideproduzenten einsticken. Sie klagen aber ständig über ihre „Not" und sie haben es erreicht, daß sie nennenswerte Steuern nicht zu zahlen haben. Inzwischen sind auch die Preise für den Stickstoffdünger erniedrigt worden. Die Preise für die agrarischen Produkte aber werden heraufgesetzt. Der sogenannte Preisabbau ist weiter nichts als ein Vorwand, um auf die Löhne und Gehälter zu drücken, um die Arbeiterfamilien noch weiter zu verelenden.

„Die freie Getreidewirtschaft kommt!"

So ruft jubelnd das Organ der Landbündler, „Die Scholle", in ihrer Nummer 18 vom 31. März aus. Den „Segen" davon soll bald das Volk zu spüren bekommen. Wörtlich schreibt sie nämlich in Fettdruck:

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, hat der Reichs-Landbund in Gemeinschaft mit den amtlichen Vertretungen der deutschen Landwirtschaft die freie Getreidewirtschaft erkämpft. Die organisierte Landwirtschaft hat sich ihre Freiheit zurückerobert. Die Gesamtheit des Volkes wird den Segen davon spüren, daß endlich die Fesseln fielen, welche die Entfaltung der besten Kräfte der Landwirtschaft hinderten."

Wir werden später Gelegenheit nehmen, nachzuweisen, wem dieser Segen zugute gekommen ist. Bis jetzt hat von der freien Wucherwirtschaft das Volk keinen Segen gehabt, hingegen die Landwirtschaft aber ungeheure Profite. Die Spuren, welche die freie Wirtschaft bei Kartoffeln und Fleisch hinterlassen hat, schrecken jedoch alle, die sie sehen. Und wer hat der freien Getreidewirtschaft plötzlich an einen Segen für die Gesamtheit des Volkes glauben könnte. Uns graut schon heute vor den Folgen einer „Entfaltung der besten Kräfte der Landwirtschaft", wenn wir uns vorstellen, daß eine Erhöhung der Getreidepreise jedesmal auch eine Erhöhung der Preise für andere Bedarfsgegenstände und Lebensmittel nach sich zieht. Volk, schnürt den Leibriemen enger, wird's dann wohl bald heißen.

Schaurige Zahlen.

Sterbefälle von Militärpersonen infolge des Weltkrieges in der Provinz Sachsen.

In der Zeit vom Beginn des Weltkrieges im Jahre 1914 bis zum 31. März 1921 sind im ganzen preußischen Staate zusammen 1 071 479 Militärpersonen im Felde gefallen oder an den Folgen des Weltkrieges gestorben. Dabei liegen für die Jahre 1919 bis 1921 aus den inzwischen abgetretenen Gebieten keine vollständigen Zahlen vor, so daß die oben angegebene Zahl noch höher bemessen werden muß. Die größten Verluste brachte das Jahr 1915 mit 288 836 Personen, dann folgen 1918 mit 246 707; 1916 mit 201 958; 1917 mit 145 578 und 1919 bis 1921 mit 10 448.

An diesem Verlust ist die Provinz Sachsen beteiligt mit 34 461 Personen, und zwar 1914: 10 500; 1915: 11 578; 1916: 16 589; 1917: 14 144; 1918: 20 895 und 1919 bis 1921: 810. Auf den Regierungsbezirk Merseburg entfallen hiervon 36 888 Kriegsopfer.

Angesichts dieser grauenerregenden Zahlen scheuen sich die unverantwortlichen Kriegshetzer und Kriegsverlängerer nicht, eine Wiederholung derselben zu befürchten, die uns, wenn es an das Menschengemetzel hinübertreiben muß. Es wird allerdings Zeit, daß das Volk diese Gefahr bald in ihrer ganzen Tragweite erkennt und entsprechend handelt.

Gebäudesammlung für Kriegsgräberfürsorge!

Die Reichssammlung der „Vollsbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge", E. V., hat die Genehmigung zur Durchführung einer Sammlung erhalten, die die Mittel aufbringen soll, damit die Grabstätten der gefallenen Soldaten, die außerhalb des Heimatgebietes ruhen, erhalten und gesichert werden. Auch soll den Hinterbliebenen der Gefallenen in allen Angelegenheiten der Kriegsgräberfürsorge mit Rat und Tat beigestanden werden. Der Arbeitsausschuß der Reichssammlung und die Hauptgeschäftsstelle erlassen gemeinsam einen Aufruf zur Zeichnung von Spenden. Hoffentlich ist die Beteiligung recht rege.

Die Versicherungsbehörden in der Provinz Sachsen

und im Freistaat Anhalt haben in der letzten Zeit manche organisatorische Veränderung erfahren. Unter diesen Behörden sind bekanntlich zu verstehen die Versicherungsämter, von denen jeder Stadt- und Landkreis eins besitzen muß, die Oberversicherungsämter, die immer für jeden Regierungsbezirk bestehen müssen, und das Reichsversicherungsamt in Berlin. Nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen sind diese Verscherungsbehörden, die bislang nur für das Gebiet der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung tätig waren, nunmehr auch für die Angestelltenversicherung mit wirksam. Aus diesem Anlaß sind eine Reihe selbständiger Einrichtungen der Angestelltenversicherung (der Rentenausschuß, die Schiedsgerichte und das Oberschiedsgericht) aufgehoben worden. Alle Anträge auf Leistungen der Angestelltenversicherung sind nunmehr bei dem zuständigen Versicherungsamt einzureichen. Dieses stellt noch etwa erforderliche Ermittlungen an, klärt den ganzen Sachverhalt auf und reicht den Antrag mit seinem Gutachten an die Reichsversicherungsanstalt weiter. Diese entscheidet über den Antrag; gegen den Bescheid ist Berufung an das Oberversicherungsamt zulässig.

Zunächst sind nicht alle Versicherungsämter zu dieser Mitarbeit berufen, sondern nur bestimmte. Für die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg ist es nur das Versicherungsamt Magdeburg, für den Regierungsbezirk Erfurt das in Erfurt, für den ganzen Freistaat Anhalt das in Dessau. Was die Zuständigkeit des Oberversicherungsamts anbetrifft, so gehören die erstgenannten beiden Regierungsbezirke zum Oberversicherungsamt Berlin, der Regierungsbezirk Erfurt und der Freistaat Anhalt zum Oberversicherungsamt Kassel. Das ist zweifellos eine recht umständliche Einrichtung. Bei den Versicherungsämtern werden je nach Bedarf ein oder mehrere Ausschüsse für die Angestelltenversicherung gebildet, die aus dem Vorsitzenden, einem Vertreter der Versicherten (Angestellten) und ihrer Arbeitgeber bestehen. Bei den Oberversicherungsämtern werden ein oder mehrere Spruch- und Beschlußkammern für die Angestelltenversicherung gebildet. Die Spruchkammer (zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Leistungen aus der Angestelltenversicherung) besteht aus dem Vorsitzenden und je zwei Beisitzern der Versicherten und der Arbeitgeber. Alle diese Vertreter und Beisitzer der Versicherten und Arbeitgeber werden gewählt von den Vertrauensmännern der Angestelltenversicherung, die für jeden Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde, also für jeden Stadt- oder Landkreis, im vergangenen Jahre besonders gewählt worden sind.

Die Wahlen dieser Vertretungen werden in der nächsten Zeit vorgenommen werden. Alle diese organisatorischen Veränderungen haben den Zweck, die Angestelltenversicherung zu vereinfachen und der Invalidenversicherung näher zu bringen. Aus diesem Grunde sind in ersteren eine Reihe endgültiger Neuordnungen der Angestelltenversicherung vorgenommen worden, so z. B. daß eine gleichzeitige Versicherung in der Invaliden- und Angestelltenversicherung unzulässig ist, daß nur eine Rente aus der einen oder anderen Versicherung gewährt wird, daß Beiträge zu der einen oder anderen Versicherung zur gegenseitigen Aufrechterhaltung der Anwartschaft dienen, daß die Steigerungssätze aus den Versicherungsbeiträgen zur Rentenerhöhung gegenseitig ausgeworfen werden, daß die Lohn- und Gehaltsstufen in beiden Versicherungszweigen übereinstimmend gemacht worden sind usw.

Provinzial-Städtetag in Erfurt.

Der diesjährige Städtetag der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt findet vom 30. August bis 1. September in Erfurt statt. Der Erfurter Magistrat hat zur Durchführung der Vorbereitungen einen gemischten Ausschuß eingesetzt.

Merseburg. Kartellsitzung. Am Donnerstag fand die monatliche Kartellsitzung zum erstenmal im Besitzsekretariat in der Weißenfelser Straße statt. Die Tagesordnung sah den Be-

Kräftiger Tee Ihrem Körper
in der Übergangszeit nähren Sie sich mit
Poralf der billigen u. vorzüglichen Kraftkost

Zölibat.

9 Roman von Johann Ferch.

Es war eine Einsame, die, ihre Jugend in der Stadt verlebend und von dieser Erinnerung zehrend, nach einigen Jahren am Elternhof seit einem Jahre mit dem Bärenhofbauer, einem kränkelnden Manne, verheiratet war.

Der Kooperator lauschte der stockenden Stimme, die manchmal nach Worten rang, um das einem fremden Manne zu gestehen, was sonst jeder Mensch, insbesondere der weibliche, in sich verschließt und niemand wahrnehmen läßt, außer wenn das Blut dazu drängt. Sie versuchte, anders als die bäuerlichen Beichtkinder, in gewählten Worten auszudrücken, was dem jungen Priester ungeheuerlich erscheinen mußte. Sie empfand als Frau die Wirkung, besitzt aber nicht die Stärke ihres Glaubens, worin sie in der Absolution die von der Stärke ihres Glaubens, worin sie in der Absolution die Kraft gegen die Versuchung suchte, der sie zu unterliegen fürchtete.

Dem Priester waren solche Geständnisse nicht fremd. Das Sinnenleben füllte die meisten Bekenntnisse aus, ein Strom, der in die letzte Stunde des Alltagslebens tönte und alle, alle erreichte, vom Kinde aufwärts bis zum fast greisenhaften Bauern. Die Körper wurden vom Begehren unspült, erzitterten unter der Macht des Naturgebotes und die Seelen suchten Kraft beim bekennenden Wort, das sie gegen den Körper schützen sollte.

Die Bärenhofbäuerin war ein Beichtkind des Pfarrers, der die Menschen seiner Gemeinde bis in ihr innerstes Leben kannte. Welche Macht er dadurch über sie besaß, etwas jetzt Erb, da die flüsternde Stimme ihm ans Ohr drang. Fast verwirrt senkte er den Blick, als er die dunklen Augen vor den seinen blinken sah. Und zum erstenmal erkannte er den seelischen Konflikt, der aus der Beichte in dem Empfinden einer jungen Frau erstehen mußte, wenn er, der junge Priester, der Mann, ihr außerhalb der Kirche begegnete.

Er adsolvierte die Beichtende, die dann durch die Kirche dem Altar zuschritt in der wiegenden Uppigkeit eines schönen Frauenkörpers. Sie tiefes Mitleid wühlte in Erb mit dem armen Menschenkind. Sie hätte glückliche Mutter, liebende Gattin sein können, ein Heim rund um einen Mann mit sicher Freude erfüllend. Von allen beneidet, war die Bäuerin arm, ohne daß jemand ahnte, wie in ihr der Schmerz nach der Lebensfreude wohnte und die sündige Sehnsucht nach dem verwandten Blute.

Der Kooperator fühlte sich seltsam beunruhigt. Das waren Gedanken, die ihm bisher fremd waren, sich jetzt in seine Betrachtungen schmuggelten, daß sie zu menschlich wurden und ihn hinauszulocken schienen aus der fahlen Enge. Und er faßte den festen Vorsatz, diesen Weg nicht weiter zu verfolgen, der — wie bei anderen Priestern — mit einer Katastrophe endete. Denn so begann es, mit dem Betrachten der andern Welt, die nicht die ihre war, nie sein konnte.

Diesen Standpunkt verteidigte er auch mit einer an ihm seltsamen Energie und bewegter Leidenschaftlichkeit, als er in der Zeit später gegenüber dem pensionierten Lehrer, gegen seinen Willen von Kramer in ein Gespräch darüber gezwungen, die Kirche verteidigte ob des Zölibats. Beide saßen auf einer Bank am Waldrande, einem Lieblingsplätzchen Erbs, von wo aus man einen weiten Ueberblick über das Tal genießen und sicher war eines ungestörten Alleinseins.

Kramer bestritt, gleich dem Arzte, die Möglichkeit der Einhaltung des beschworenen Zölibats. Erb entgegnete ihm fast heftig, in einer Gereiztheit, die er sich selbst nicht zu erklären vermochte und die nichts anderes war als der Ausklang des ihn seit einigen Tagen quälenden Sinnens über die Bärenhofbäuerin. Er kenne Amtsbrüder, die das Zölibat als heiliges Zeichen erklärten, es als wissende, reife Männer verteidigten und als Notwendigkeit eines in sich abgeschlossenen Lebens verfochten.

„Er berief sich auf diese Vertreter im Priesterstande.

Kramer entgegnete langsam:

„Es gibt verschiedene Ansichten über Ideale. Der Soldat trägt das Ideal in sich, als Sieger recht viele Feinde zu vernichten. Die Herrschaft des Gewalt, der Militärmacht ist sein Ideal."

„Nicht so, Herr Kramer", unterbrach Erb den Lehrer. Der Fuhr, den Einwand nicht beachtend, fort:

„Es gibt auch Ideale, die einer Neigung zum Märtyrertum entsprechen. Sie sind in unser Jahrhundert nur wenig tadelnd zu nehmen. Ich kann mir ganz gut vorstellen, daß es Menschen, durch die Enthaltsamkeit überhitzte Priester gibt, die aus dem Alumnat heraus die Berufsbegeisterung mitbringen, die sie zum leidenden Verzicht anspornt. Sie wollen Gott und sich ehren, indem sie annehmen, der Priester müsse neben den Glaubenspflichten der Laien noch besondere Pflichten des Bekennens tragen. So unterwerfen sie sich einer Askese, hineingehetzt durch verschiedene Heiligenlegenden. Um schließlich, wie die meisten Idealisten, nach vorzeitigem Verbrauchen der überanstrengten Spannkraft müder zu werden und das Ideal eben als ein Ideal zu betrachten, den man nachstreben, das man aber nie erreichen kann."

Erb hielt den Alten den Gedankengang zu Ende spinnen, um damit zu entgegnen. Er wies auf das Zölibat auch in anderen Religionen hin, das auch in der Antike in hohen Ehren stand, „Erinnern wir uns an die Vestalinnen. Die sinnenfreudigen Römer, auch die Griechen, waren in dieser Richtung nicht toleranter als die Kirche."

Erb verneinte, mit diesem Argument Kramer besiegt zu haben. Doch dieser erwiderte mit dem alten, feinen Lächeln, das schon im vorhinein für den Sieg um Entschuldigung bat.

„Ein Trugschluß, Herr Kooperator. Das Zölibat des Mannes und der Frau darf nicht vom gleichen Gesichtspunkt aus gewertet werden, obwohl beide Arten Zölibat verwerflich sind. Die organischen Bedingungen spielen neben dem psychischen Moment in der Unterscheidung eine bedeutsame Rolle. Aber es bedarf gar nicht des mitentscheidenden Physischen. Mir geht es um das Menschliche. Die Liebe, die Ehe reifen den Mann wie das Weib, beide erfahren die Ergänzung in dem Einswerden von Seele und Körper."

Der Sprechende wurde jugendlich beweglich, als er darlegte, daß die Hingabe, das Verschmelzen zweier Gedankenwelten den verstehenden Blick bereichere und erweitere. Der Mensch sehe, wo er bisher schaute.

„Wir schwärmen durch eine ganze Jugend von der unnahbaren weiblichen Keuschheit, die unserem drängenden Verlangen als eine fremde Welt erscheint. Durch unser Leben fluten Berufserwägungen, Lehrjahre, Weltanschauungen, politische und andere geistige Strömungen. Wir sind Reformatoren, denen der Geist alles gilt, die Materie nichts. Die erste Liebesstunde läßt alles versinken, wir lauschen weltentrückt dem Glückslachen aus geliebtem Munde, eine neue Welt wird geboren, das in seinem Freudenreichtum erkannte Diesseits, welches im Feuerstrahl des Glückes erglüht. Das einzige Jenseits, das alle anerkennen — das Jenseits der bisherigen Entsagung. Als Kinder treten wir in die Glückswelt, als Männer verlassen wir sie, als Männer, denen das selige Lächeln des Erinnerns bis zum Greisenbart um den Mund spielt."

Erb stützte das Haupt in die Hände und blickte schweigend in das milde Grün, das sich, von den Wäldern begrenzt, zum See weitete, der uferlos gegen den Osten wellte. Die einfließenden Worte Kramers umflatterten ihn im Echo einst gehegter, hin und wieder scheu sich meldender Gedanken. Die letzten Worte gingen über seine Gedanken hinaus. Sie durften von ihm als Priester nicht unerwidert bleiben.

Er bemerkte leise, ohne sich aufzurichten, wie im Selbstgespräch:

„Es darf keine Minute geben, in der man ob des irdischen Glückes das reiche des Jenseits vergißt. Die Liebe ist unecht, die sich nur an den Freuden der Gegenwart sättigt. Leider mag dies nicht selten sein. Das Chaos der Gegenwart spricht eine deutliche Sprache."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230407-12/fragment/page=0006

cht über die in Halle stattgefundene Destrikskonferenz, die
sier, die Erwerbslosenfürsorge, Eingänge und Verschiedenes vor.
ollege Seyfarth ersuchte vor Eintritt in die Tagesordnung die
elegierten, die Berichte über die Gauleitungssitzungen in ihren Mit-
iederversammlungen so wiedergeben, wie sie das Tatsachen
nsprechen. Den Bericht über die Bezirkskonferenz erstattete in
urzer sachlicher Form Koll. [illegible] an den sich eine lebhafte
iskussion anschloß. Die Kollegen [illegible] Tümchen
klärten sich mit dem Verbalten der Halle einverstanden
erten Aufversammlungen und geben dem Bericht über
ur Kenntnis. Unter Mitgliedsangelegenheiten wurde
verhandelnden Mitgliedern [illegible] Vorstandssitzung mit
iden politischen Parteien berichtet. Sodann wurde
en 1. Mai [illegible] zu feiern und [illegible]
eit der Ausgestaltung des Programms zu beschäftigen. [illegible] viele
kommissionen [illegible] Schwe, Tümchen und Grammann ge-
wählt. Der Kommission wurde anheimgegeben, sich mit den poli-
tischen Parteien in Verbindung zu setzen, um das Fest so auf-
zugestalten, wie es der Würde des Tages entspricht. Die Er-
werbslosenfrage wurde darauf vom Kollegen Seyfarth eingehend
besprochen. Durch Vorstellungwerden bei dem Magistrat und bei
der Regierung ist die Angelegenheit soweit gediehen, daß den er-
werbslosen Kollegen alsbald Arbeit in Aussicht gestellt werden
kann. Es handelt sich um die Arbeiten an dem Elster-Saale-
Kanalbau bei Leipzig, deren Abschluß in allernächster Zeit in Aus-
sicht steht. Auch die anderen geplanten Notstandsarbeiten sollen
demnächst in Angriff genommen werden. Die Tätigkeit des Kur-
ells wurde von den Delegierten anerkannt und der Vorstand be-
auftragt, weiter in diesem Sinne zu wirken. Unter „Eingänge"
wies der Vorsitzende auf die demnächst eintreffenden neuen Bücher
hin und gab die Einladung des Arbeiter-Samariterbundes zu der
am Sonntagvormittag 9½ Uhr stattfindenden Prüfung bekannt.
Er sprach die Hoffnung aus, daß recht viele Kollegen an dieser
Prüfung teilnehmen.

Mücheln. Aus der Partei. Am 30. März hielt die hiesige Ortsgruppe der USPD. im Gasthof zum „Roten Hirsch" ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Gottschling, schilderte eingehend den augenblicklichen Stand der politischen Lage, insbesondere die zunehmende Gefahr der faszistischen Aufruhrbewegung. Unnachsichtig heißt es auch in unserem Orte, wo bisher Großgrundbesitzer und Stahlhelmangehörige Hetze der Arbeiterschaft aus dem Wege gingen, jetzt aber mit unverhüllter Frechheit auf den Plan treten, kraftvoll entgegen zu treten. Ein Mahnruf sei es besonders den Parteigenossen, die gewohnheitsmäßig unseren Versammlungen fernbleiben: „Heraus aus dieser Lauheit, stellt Euch aktiv mit in die Reihe der Kämpfer!" Eine sich hieran anschließende Aussprache der Genossen Günther und Renner über Kommunal- und Kreisangelegenheiten erweckte ganz besonderes Interesse. Ferner wurde beschlossen, am Sonntag, dem 8. April, einen Ausflug nach Rosbach zu unternehmen, zu welchem vollzähliges Erscheinen aller Genossen unbedingte Pflicht ist. Näheres ist aus dem Vereinsanzeiger des „Volksblatt" ersichtlich. Eine Sammlung für die Jugend zwecks Anschaffung von Bildungsmaterial ergab den ansehnlichen Betrag von 6200 Mk.

Die Sprache des „Komturs".

Ein Führer jener berüchtigten Jungdeutschen Ordens, der an den Ostertagen auf dem Kyffhäuser bei Kelbra unserer Arbeiterjugend mit Schlagring und Gummiknüttel die nationalen Einheitsfrontgedanken einbläute, ein Herr Johannes Jacobsötter in Erfurt, hat an den Vorsitzenden des Thüringer Staatsministeriums ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Laut Vorlage der „Mitteldeutschen Zeitung" vom 28. März haben Sie am 27. März in der Sitzung des Thüringer Landtags gesichert: Der Thüringer Regierung war klar, daß mit der Auflösung des Verbotes des Jungdeutschen Ordens die Mordorganisationen neues Leben bekommen mußten. Als Komtur der Gau Thüringen des Jungdeutschen Ordens ersuche ich Sie, mir mitzuteilen, ob dieser Bericht den Tatsachen entspricht, ob und diese Worte von Ihnen, Herr Minister, gesprochen worden sind."

Dazu schreibt das Thüringer Pressearmt: Obwohl der Vorsitzende des Thüringer Staatsministeriums das Wort „Mordorganisationen" in seiner Rede im Thüringer Landtag, wie sich aus dem korrigierten stenographischen Bericht unzweifelhaft ergeben hat, nicht nicht gesprochen hat, besteht für einen Jungdeutschen Führer noch lange nicht die Berechtigung, in einer so anmaßenden Form sein Ersuchen zu stellen. Bei Abfassung des Schreibens scheint der Herr „Komtur" geglaubt zu haben, den Ton, den er vielleicht seinen Untergebenen vom „Jungdeutschen Orden" gegenüber anwenden kann, auch im vorliegenden Falle anschlagen zu dürfen!

•

Sangerhausen. Das Gewerkschaftskartell vertreibt Wohlfahrtsmarken für die Altershilfe-Aktion. Genossen, Kollegen, kauft und vertreibt die Marken bei allen Gelegenheiten. Helft den Invaliden der Arbeit — dem notleidenden Alter!

Nietzendorf. Agrarische Robiesel. Zwei Schüler des Altstädter Pädagogiums fingen vor einigen Tagen in der Nähe von Gatterstedt auf der Straße ein wertvolles Pferd auf, das einem hiesigen Landwirt durchgegangen war. Sie setzten von dort aus den Fernsprecher in Bewegung, um den Besitzer des Tieres zu ermitteln. Als die Jungen sich dieser Tage nach dem reichgesegneten Nietzendorfhausen begaben, hofften sie, es würde ihnen nun als angemessener Finderlohn eine besondere Osterfreude bereitet werden. Das geschah auch: Als sie den Besitzer aufsuchten, um sich zu überzeugen, ob das stattliche Roß in die rechtmäßigen Hände gelangt sei, „schenkte" der glückliche Besitzer jedem der Knaben 200 Mk. — Also noch nicht einmal den Wert eines Ostereis für einen Wert von mehr als 10 Millionen. Und da wundert man sich auf dem Lande noch darüber, daß die Sympathie gegenüber manchen Landwirten im Sinken begriffen ist.

Hettstedt. 200 Jahre Kupferkammerhütte. Die Kupferkammerhütte der Mansfeld-Aktien-Gesellschaft bei Hettstedt feiert am Dienstag, dem 10. April, ihr 200jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß findet an diesem Tage nachmittags 5 Uhr auf dem Hüttenhofe der Kupferkammer-Rodhütte eine Erinnerungsfeier statt. Hoffentlich erinnert sich die Belegschaft dabei und auch an dem für den Abend geplanten gemütlichen Beisammensein mit „Kamerad" Heinold an die Zeit vom Herbst 1909, wo es aus Anlaß des Streiks vor der mit Militär besetzten Hütte zu erregten Szenen kam. Oder sollten die Bergleute sich etwa des berühmten Landfriedensbruchprozesses nicht mehr erinnern, in dessen Verlauf die Klassenrichter des hallischen Schwurgerichts sogar Frauen ins Gefängnis warfen, weil sie vor die Kupferkammerhütte zogen, um dagegen zu protestieren, daß das Militär in den ersten größeren Wirtschaftskampf der Mansfelder Bergknappen eingriff?

Hettstedt. Führerweise. In der Schleiferei von Otto Segnitz wurden durch Haussuchung eine große Menge Metalle und Metallwaren zutage gefördert, die der Eisenmaithes-Akt.-Ges. in Magdeburg gestohlen worden sind. Zwei Fuhren konnten abgefahren werden.

Roitzsch. Finsternis und Licht! Der für Mittwoch von der Liga für deutsche Kultur angesetzte Vortrag mit dem Thema: „Der Raubzug der Franzosen" konnte nicht gehalten werden, da bereits der Besitzer des Restaurants der ganze Ort im Kinotzer lag. Die Zeitungen, welche den Ort mit Strom versorgt, war entzwei. Böse Zungen behaupten, daß einige politische Wirrköpfe die Leitung durchschnitten haben. — Wir glauben nicht daran, denn niemand kann annehmen, mit solchen Mitteln einen Gegner zu bekämpfen. Die Bürgerlichen können also ganz ruhig schlafen, in Roitzsch wird die Arbeiterschaft nicht zu Kundgebungen [illegible] werden, denn das stets Wachsen der USPD. beweist, daß politische Unruhe immer mehr um sich greift.

Bitterfeld. Geschäft und Patriotismus. In der Prominenz des Schlage des „Tageblattes" finden wir folgende vielsagende Anzeige: „Für über 1000 Reflektanten suchen wir Grundstücke aller Art mit oder ohne Geschäft gegen Barzahlung zu kaufen. (Eventl. Zahlung in Auslandsmarkung.) Diskrete Behandlung von Bestenangeboten. Vermittler verbeten. C. L. Hilke u. Co., Hannover." — Das ist der verblümt vor sich gehende Ausverkauf deutschen Grund und Bodens an Ausländer. Die Spekulation auf Auslandsmarkung wird sicher Erfolg haben, denn bekanntlich hört der Patriotismus und das Deutschbewußtsein auf, wenn persönliche Vorteile winken. Die Ausländer wissen schon, wie sie viele deutsche Grundstücksbesitzer einzuschätzen haben.

Liebenwerda. Neue Dienstzeit auf dem Landratsamte. Die Dienststunden des Landratsamtes sind wie folgt festgesetzt: an Wochentagen von 7 bis 12 und von 1/2 8 bis 1/2 5 Uhr, an Sonnabenden und Tagen vor gesetzlichen Feiertagen von 7 bis 1 Uhr. Für den Bureauverkehr für die Kreisangehörigen werden die Stunden wochentags von 9 bis 12 Uhr festgesetzt. Die Sprechzeit des Landrats ist wochentags von 9½ bis 12 Uhr, doch werden infolge oft plötzlich notwendiger dienstlicher Abwesenheit des Landrats von auswärts Kommende gut tun, sich vorher zu erkundigen, ob der Landrat zur beabsichtigten Zeit tatsächlich anzutreffen ist. Gleichzeitig ersucht der Landrat, Briefe dienstlichen Inhalts nicht an die persönliche Adresse des Landrats, sondern an die Behörde, andernfalls mit dem Vermerk: „Eigenhändig", zu richten.

Kleine Nachrichten.

Nietzedt. Hier machte der Weichensteller Edmund Hermann durch Erhängen seinem Leben ein Ende. Zunehmende Nervenkrankheit soll die Ursache zu dem traurigen Schritte sein. — Mucrena. Beim Spielen in einem kleinen Kahn fiel der etwa achtjährige Paul Kaps aus Beesenlaublingen in die Saale und ertrank. — Zeitz. Sanitätsrat Dr. Otto hat sich erschossen. Als Grund gibt er auf einem hinterlassenen Zettel dauernde Krankheit an, doch soll das gänzliche Darniederliegen seiner Praxis die wahre Ursache sein. — Köthen. Durch mikaliöse Maisspekulationen (man spricht von 150 Millionen Mark) verloren hiesige Landwirte und Getreidehändler große Summen, einige ihr ganzes Vermögen. („Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallische Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle (Saale), Harz 42/44.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches und Provinz: Gottlieb Kaiparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallische Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle (Saale). Harz 42/44.

Merseburg
Gerberei
Ernst Adelberg
Merseburg, Fischerstraße 3
Sohl- und Oberleder-
Ausschnitt und sonstige Gebrauchsleder.

Leder-Handlung
Emil Mende & Sohn
Merseburg
Johannisstraße 12
empfiehlt
guten Leder-Ausschnitt
sowie sämtliche
Schuhmacher-Artikel, Sohlleder,
Croupon, Kälse und Bänke

Delitzsch
Bücher der Technik
in guter Auswahl bei
Gust. Krause, Delitzsch
Buchhandlung, Markt 13.

Genossen, werbt unablässig neue Leser!

Kreis Querfurt

Hierdurch wird darauf aufmerksam gemacht, daß durch Reichsgesetz die Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 (RGBl. S. 949) bis zum 30. Juni 1923 verlängert worden ist. Nach einer mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers erlassenen Anordnung des Ministers f. Volkswohlfahrt bleiben alle auf dem Gebiete des Wohnungsmangels und des Mieterschutzes bisher erlassenen Anordnungen und Maßnahmen, insbesondere auch die auf einen Endtermin befristeten, bis zum 30. Juni 1923 weiter in Kraft. 109

Querfurt, 5. April 1923.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Betr. Neubewertung der im Bezirke des Versicherungsamtes in Querfurt ab 1. April 1923 gültigen Werte der Natural- und Sachbezüge.

1. Wert der freien Station, Beköstigung einschl. freie Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung

Gruppe	täglich	wöchentl.	monatl.	jährlich
	M.	M.	M.	M.
I. Für Angestellte höherer Ordnung, z. B. Aerzte, Zahnärzte, Apotheker, Betriebsbeamte, Werkmeister, Bureauangestellte, die nicht mit niedrigen oder mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, Assistenten in Apotheken und Apotheker-Praktikanten, Hauslehrer u. Erzieher, Bühnen- und Orchestermitglieder, Hausbamen u. Gesellschafterinnen, Stützen u. Haushälterinnen, letztere drei mit Aufsichtsbefugnissen über Untergebene	1690	11 540	50 000	600000
II. Männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen	1400	9800	40 000	480000
III. Weibliche Hausangestellte u. Dienstboten, Kranken- und Pflege-Schwestern, männliche und weibliche Lehrlinge all r Art und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte soweit sie nicht unter I und II fallen z. B. Mädchen, Waschfrauen, Aufwärterinnen und Näherinnen	1000	7000	30 000	360000

2. Bei teilweiser Gewährung der unter 1 bezeichneten Bezüge ist zu rechnen:

Gruppe	Beköstigung täglich	Beköstigung wöchentl.	Beköstigung monatl.	Beköstigung jährlich	Wohnung täglich	Wohnung wöchentl.	Wohnung monatl.	Wohnung jährlich	Heizung und Licht täglich	Heizung und Licht wöchentl.	Heizung und Licht monatl.	Heizung und Licht jährlich
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
I.	1400	9700	42 000	504 000	17	120	500	6000	268	1720	7500	90 000
II.	1200	7900	34 000	408 000	7	50	200	2400	193	1350	5800	69 600
III.	830	5800	25 000	300 000	4	25	100	1200	166	1175	4900	58 800

Bei teilweiser Beköstigung ist bei Gruppe III für den Tag zu rechnen: Für Frühkaffee 60 Mk., für Frühstück 80 Mk., für Mittag 400 Mk., für Vesperbrot 80 Mk., für Abendbrot 190 Mk.

3. Freie Wohnung für (verheiratete) Deputatempfänger in der Landwirtschaft . . . . . jährlich 2400 Mk.
4. Getreide:
   a) 3 Zentner auf den Kopf der Familie zum Umlagepreis.
   b) Die darüber hinausgehende Menge zum Großhandelspreis der hier freien Provinzialbörse ab Station abzüglich 10 v. H.
5. Hülsenfrüchte: Großhandelspreis ab Station abzüglich 15 v. H.
6. Mehl: Dr unter 4 bezeichnete Getreidepreis zuzüglich 25 v. H.
7. Brot. Der jeweils geltende Preis des Markenbrotes.
8. Kartoffeln . . . . . für den Zentner 1 000 Mk.
9. Freie Kuhhaltung . . . . . jährlich 300 000 Mk.
10. Freie Sommerweide für eine Kuh . . . . . 75 000 Mk.
11. Milch:
    a) Vollmilch . . . . . für das Liter 800 Mk.
    b) Magermilch . . . . . für das Liter 120 Mk.
12. Butter . . . . . für das Pfund 3 500 Mk.
13. Freie Ziegen- oder Schweinehaltung . . . . . jährlich 50 000 Mk.
14. Stroh und Heu: Großhandelspreis ab Station abzüglich 50 v. H.
15. Gepflügtes Kartoffelland:
    a) gedüngt für den Morgen (= 25 ar) . . . . . 45 000 Mk.
    b) ungedüngt für den Morgen . . . . . 30 000 Mk.
16. Freies Brennmaterial in der Land- und Forstwirtschaft:
    a) Hartholz . . . . . für den Raummeter 15 000 Mk.
    b) Weichholz . . . . . für den Raummeter 10 000 Mk.
    c) Briketts . . . . . für den Zentner 2 000 Mk.
17. Bei der Bewertung der Deputatkohle ist der Großhandelspreis abzüglich 25 Prozent zu Grunde zu legen. Als Großhandelspreis gilt hierbei derjenige Preis, welcher jeweils von der Aktiengesellschaft Reichskohlenverband in Berlin als Brennstoffverkaufspreis einzelnen Kohlen- und Umsatzsteuer im Deutschen Reichsanzeiger bekanntgegeben wird, jedoch vermindert um den Großhandelsrabatt.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vorstehend festgesetzten Sätze bei Berechnung der Beiträge zur Invalidenversicherung anzuwenden sind. Gleichzeitig weise ich hierbei darauf hin, daß

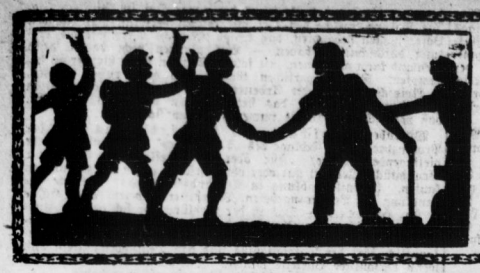
a) für Knechte, Gewerbegehilfen, die neben freier Kost, Wohnung, Licht und Feuerung nicht mehr als 8 000 Mk. Barlohn im Monat haben, Beitragsmarken der Lohnklasse II zu 226 Mk. wöchentlich
b) Dienstmädchen, die neben freier Kost und Wohnung nicht mehr als 6 000 Mk. Barlohn im Monat haben, Beitragsmarken der Lohnklasse II zu 180 Mk. wöchentlich zu verwenden sein würden.

Querfurt, den 5. April 1923.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes.

Genossen. kauft nur bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192304 07-12/fragment/page=0007



Unserer Jugend

An die neue Jugend.

Ihr geht ins Leben hinein,
Zweige der grünenden Welt in der erhobenen Hand,
Um eure jungen Stirnen spielt der aufgehende Schein
Einer Sonne, die euch führt in das kommende Land.

Was eure Väter voll Müh',
Was eure Mütter voll Weh ringend und darbend gebaut,
Gab euch den heiligen Grund, drauf ihr in sogendem Früh'
Aufsteigt zum fruchtbaren Tag. Seht, wie das Licht euch vertraut!

Seht, wie das Licht euch begrüßt,
Kinder der wandelnden Zeit, Jünger des neuen Geschlechts!
Vieles, was mächtig bis heut, vieles was traurig und wüst,
Aber es wächst in der Welt Ordnung des reineren Rechts.

Seht, wie der Kampf euer harrt!
Schlechtes noch schreckt euren Schritt, Schatten der Dämmerung sinkt,
Zwietracht und niedriger Wahn grauer Vergangenheit starrt.
Aber ihr fürchtet euch nicht. Seht, wie die Zukunft euch winkt!

Kommende Männer und Frau'n!
Bildet in Glück euch und Leid, formt euch in Lust und in Pein!
Wandert zu Höhen, weithin, Ströme des Lebens zu schau'n!
Schaut und schreitet und winkt, kühn eine Welt zu befrei'n!

Karl Henckell.

Die ernsten Ziele nicht vergessen!

Nachstehende Zeilen sollen vor allem dazu beitragen, die Mängel, die in unserer Bewegung bestehen, zu mildern oder aber, was ich vorläufig für ausgeschlossen halte, ganz abzuschaffen. Die Aufdeckung der Mängel ist ganz berechtigt, wenn wir uns die Arbeit ansehen, die in den einzelnen Ortsgruppen geleistet wird. (Ich verweise auf die Zeitungsveröffentlichungen.) Die Mängel haben selbstverständlich ihre Ursachen, und ich werde im Nachstehenden versuchen, diese Ursache aufzudecken.

Wir müssen zunächst feststellen, wer in unseren Reihen ist und als was unsere Mitglieder die Bewegung ansehen. Die erste Frage im ersteren Teil ist leicht beantwortet. Sie lautet dahin, daß vorwiegend Söhne und Töchter der Hand- und Kopfarbeiterschaft in unseren Reihen sind. Aber seit der Staatsumwälzung des Jahres 1918 ist eine neue Schicht zu uns gestoßen, die bis dahin vorwiegend den bürgerlichen Wandervogel abgab, die Kinder der Beamtenschaft. Wir freuen uns darüber, daß endlich auch in jenen Kreisen der Gedanke sich Bahn brach, daß nur durch die proletarische Bewegung ihnen die große Gemeinschaft gegeben werden konnte, die sie bis dahin vergeblich gesucht hatten. Durch diesen Uebertritt kamen, gewollt oder ungewollt, die Gedanken der „Gemeinschaft" mit zu uns. Im bürgerlichen Wandervogelbund (einen proletarischen Wandervogel gibt es übrigens gar nicht!) lebten diese Gedanken, wie ja das Wort „Gemeinschaft" schon sagte, gemeinschaftlich. Das heißt auf all ihren Fahrten kannten sie nur gemeinsames Tun und Treiben, sie verteilten ihr Hab und Gut in Gemeinschaft und liefen somit alles andere fort. Auch ihre „Kluft" war gemeinschaftlich und dieser Gedanke der Gemeinschaft fand auch schnellstens Eingang in der proletarischen Jugendbewegung. Die bürgerlichen Wandervögel, die sich mit nichts weiter als ihrer Gemeinschaft beschäftigten, verloren selbstverständlich den Boden, auf denen sie standen. So auch die proletarische Jugend, die sich mit diesen Gedankengängen besonders beschäftigte. Vor allem die Tatsache der Massenbewegung war es, die unseren neuen Genossen nicht recht klar war. Daß die proletarische Jugendbewegung Massenbewegung sein muß, um ihren späteren Aufgaben als proletarische Bewegung gerecht zu werden, muß stets und ständig gesagt werden. Wir haben als proletarische Jugendbewegung andere Aufgaben als „Gemeinschaftsduselei" und sonstige Unterhaltungsspiele zu treiben. Wir müssen deshalb versuchen, nicht nur einen Teil der Jugend zu unseren Mitgliedern zählen zu können, sondern wir müssen stets neue Scharen Jugendlicher zu uns ziehen.

Es ist deshalb notwendig, daß wir neben einer richtunggebenden und klaren Bildungsarbeit unbedingte Erziehungsarbeit leisten. Dazu gehört, daß die Gedankengänge wie „Zu was brauchen wir proletarische Parteien oder Gewerkschaften — die können uns doch nichts nützen!" aus unseren Reihen verschwinden. Dieser unsinnige Gedanke ist nicht nur bei einzelnen vorhanden, sondern bei vielen unserer Genossen. Dies muß ganz offen gesagt werden. Nicht schöne Redensarten zu pflegen gilt es, sondern zu erkennen, was wir tun müssen und unsere Handlungen entsprechen einstellen. Das trifft nicht nur auf die neuen Genossen zu, sondern auch auf alte Mitglieder. Eine gewisse Verflachung hätte nicht eintreten können, wenn von Anfang an diese wichtige Arbeit in richtige Bahnen gelenkt worden wäre. Die richtige Erziehungsarbeit, neben der Bildungsarbeit, führt unsere Genossen, nachdem sie die proletarische Jugendbewegung durchgangen sind, zur Partei und Gewerkschaft. Wir werden alle nur dann zu der großen Gemeinschaft kommen, wenn die Erkenntnis der Notwendigkeit des Weges zu Partei und Gewerkschaft ohne Ausnahme das Gemeingut aller ist. Nur dann wird die Sozialistische Arbeiter-Jugend der arbeitenden Jugend Führerin sein! —nd.

Wandervögel und Wanderflegel.

Von H. Löggor (Kaulsdorf).

Auf dem Eisleben Bahnhof war's. Da stand eine Gruppe junger Burschen und qualmten. Eine Ziehharmonika war ihr Musikinstrument. Ich hörte ihr Gespräch: „Ick weeß nich, jehn wa erst in de Kneipe oder loofen wa erst 'n Ende?"

Ein anderes Mal lagerten wir an der Elster und badeten. Da kam eine Horde Wandervögel. Rucksäcke, Kochtöpfe, Stiefel, Decken, Jacken usw. lagen bald in lieblichem Durcheinander im Sande. Ihr freches Benehmen reizte die anderen Anwesenden. Und wir, die wir ja auch Wandervögel waren, bekamen die ganze Erbitterung zu kosten, die jene Leute gepackt hatte.

Ein drittes Bild! Wir lagen nicht weit von jener Stelle im Walde und sangen unsere schönen Volkslieder. Hübsch werden wir es und bequem gemacht. Da kommt ein anderer Wanderer. Ein gegenseitiges „Frei-Heil!". Man spricht über das Woher und Wohin. Bald ist man in anregendem Gespräch. Um Kultur- und Menschheitsfragen dreht sich's. Und hier draußen in der freien Natur spricht sich's noch einmal so schön wie drinnen in der Stadt. Jeder fährt reicher heim als er gekommen ist. Hat doch auch neben Spiel und Tanz ernste Arbeit den Tag ausgefüllt.

Und was haben die beiden anderen Gruppen von ihrer Wanderei? Die ersten, sie gehen ins Wirtshaus, geben ihr Geld aus, schädigen ihre Gesundheit und fallen durch ihr Benehmen anderen Leuten auf die Nerven. Die zweiten vergnügen sich, indem sie andere Menschen mit Mutwillen reizen, indem sie Unfug treiben und durch das „Abkochen" viel Verwüstung anrichten.

Und wir, was haben wir von unserer Wanderung? Wir reinigen unsere Lungen, die mit dem Staube der Großstadt gefüllt waren, durch die gesunde Waldluft, wir erfreuen uns an edler Unterhaltung, wir lernen die Natur beobachten und verstehen. Und das unterscheidet den Wandervogel vom Wanderflegel. Der Wandervogel zieht hinaus, um zu schauen, zu lernen, und die Natur zu genießen. Der Wanderflegel dagegen will sich draußen einmal ordentlich austümmeln.

Und nun, lieber Leser, der du eine Pieke auf die Wandervögel hast, sieh zu, ob es wirklich Wandervögel waren, die deinen Aerger erregt haben, oder ob du den Wandervogel das entgelten läßt, was der Wanderflegel verschuldete.

Gedanken nach der Hausagitation.

O, man erlebt so alles Mögliche bei einer Hausagitation für die Sozialistische Proletarierjugend: Arbeiterkinder, die erstaunt fragen, was sie in einer Organisation junger Arbeiter sollen; Arbeiteretern, die noch erstaunter darüber sind, daß man ihre Kinder „für so einen Verein" gewinnen will. Vor allem werden die Mädchen der proletarischen Jugendbewegung mit größter Sorgfalt ferngehalten. „Das ist nichts für meine Lochter" erklärt eine Mama kategorisch, „die haben ihren Gesangverein" (oder wie er sonst heißen mag), in dem auch der Herr Lehrer oder Herr Pfarrer oder gar — welch hohe Ehre — der Chef der Mädchen einmal erscheint. Da bewegen sich dann die Töchter in besseren Kreisen, nicht immer nur unter Arbeitern. Zu diesem Verkehr werden sie herausgeputzt und herzogen, und bei diesem äußeren Tand vergessen sie ihr materielles Elend und ihre geistige Flachheit. — So werden Kinder erzogen nicht nur bei indifferenten Arbeitern, sondern auch, und das ist das Beschämende, bei Parteigenossen.

Der Mangel an Klassenbewußtsein bei Arbeiterkindern fällt immer wieder auf.

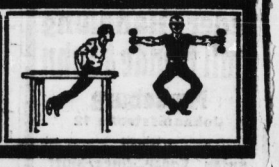
April-Programme der Soz. Arbeiter-Jugend.

Schkeuditz. Sonntag, den 8., Schnitzeljagd; 1/2 8 Uhr Treffen an der Mühle; Heimabend 8 Uhr. — Mittwoch, den 11., Lesesabend. — Sonntag, den 15., Heimabend 7 Uhr. — Mittwoch, 18., Vortrag. — Sonntag, den 22., 7 Uhr, Frühwanderung; Treffen an der Mühle. Heimabend 7 Uhr. — Mittwoch, den 25., Versammlung.

Ortsgruppe Delitzsch. 8. April: Ausflug nach den Langrubenmarsch 1/2 6 Uhr von der Turnhalle, Bitterfelder Str. — 10. April: Vortrag über Erdbeben. Genosse Thier (Delitzsch). — 15. April: Halbtagsausflug in den Coulsebruch. Abmarsch 1/2 8 Uhr. — 17. April: Rezitationsabend. — 22. April: Fahrt ins Blaue. — 24. April: Vortrag über Schundliteratur. Genossin Rabe (Delitzsch). 29. bis 30. April: Wanderung nach Spitzberg. — Jeden Freitag Spielabend.

Der Arbeiter-Sport

Rasenspiele — Wassersport — Körperpflege



Die Redaktion an die Sportgenossen!

Obwohl wir den beschränkten Raum unserer Zeitung allen Sportgenossen schon immer gern zur Verfügung stellten, wurden in den letzten Wochen die Stimmen, welche die Schaffung einer regelrechten Sportecke forderten, immer lauter. Die Wünsche kamen vor allen Dingen aus den Reihen der Sportgenossen Halles und des Saalkreises. Da uns bei der heutigen Papierknappheit und der Notwendigkeit, die Stoßkraft unseres Organs im politischen Tageskampfe ungeschmälert zu lassen, jede Zeile Raum kostbar ist, mußten wir lange prüfen, ob das Bedürfnis nach einer Sportecke in unserer Zeitung wirklich ein allgemeines war. Wir richteten schließlich einen Sportteil ein und veröffentlichten unter der Ueberschrift „Der Sport des Arbeitsmannes" bereits zahlreiche Nachrichten und Artikel, die auch tatsächlich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden.

Bei der Schaffung eines besonderen Sportteils gingen wir vor allem von der Voraussetzung aus, daß alle Sportgenossen tatkräftig mitarbeiten und Verständnis für die Erfordernisse einer geordneten Redaktionsführung zeigen. Gleich nach dem Erscheinen des ersten Sportteils ging uns (und das geschah bis heute) eine Fülle von Material zu. Wir waren immer in der Lage, die Sportfreunde unter unseren Lesern über das Bevorstehen sportlicher Ereignisse aller Art zu unterrichten. Dagegen muß die Redaktion darüber Klage führen, daß sie über die Ergebnisse der Sportkämpfe nur mangelhaft unterrichtet wird. Es geht nicht, daß die Sportvereine den Sportteil nur als billige Reklamegelegenheit für ihre Veranstaltungen ansehen. Die Zeitung muß auch über die Ergebnisse der Wettkämpfe unterrichtet werden. Selbstverständlich muß das sofort geschehen. Das liegt nicht nur im Interesse der Leitung, die auch im Sportteil aktuell sein muß, sondern vor allem auch im Interesse der Arbeitersportler selbst. Tausende von Sportfreunden (die nicht immer nur aus unseren Reihen stammen) warten am Montag mit Spannung auf die Spielresultate vom Sonntag. Da geht es keinesfalls, daß die Redaktion die Ergebnisse selbst erst nach 5, 10 oder auch erst 14 Tagen erfährt. Kürzlich war ein Sportgenosse in der Redaktion, der wollte gar nach 8 Wochen noch einen Spielbericht aufgenommen haben! Merkwürdigerweise verlangen gerade die säumigsten Berichterstatter dann jedesmal, daß die von ihnen verbummelten Berichte von uns sofort gebracht werden.

Die Redaktion wird die Arbeitersportler mit allen Mitteln unterstützen. Sie muß daran aber die Bedingung knüpfen, daß Berichte über die Sonntag-Veranstaltungen rechtzeitig in der Redaktion sind, daß sie noch am Montagabend erscheinen können. Zu spät kommende Berichte müssen künftig erbarmungslos in den Papierkorb verschwinden. Wir raten den Sportgenossen, die Schriftführer der Vereine mit der regelmäßigen und pünktlichen Einsendung kurzer Berichte zu beauftragen. Dann wird „Der Arbeiter-Sport" auch so ausgebaut werden können, daß alle Sportgenossen und Sportfreunde ihre Freude daran haben. Frei Heil!

Mädchen- und Frauensport.

Als die ersten Radfahrerinnen sich vor einigen Jahrzehnten sehen ließen, wurden sie bespöttelt, heute ist man an sie nicht nur in der Großstadt gewöhnt, sondern auch auf dem Lande, wo Bauernfrauen ihre weiten Wege per Rad zurücklegen. Beim Tennis-, Schlagball- und Fußballspiel stellt das weibliche Geschlecht „seinen Mann", ebenso beim Hockeyspiel. Beim Eislauf sehen wir weibliche Kunstläufer in gleicher Zahl wie männliche. In der Leichtathletik aber übt das Turnen seine Anziehungskraft aus. In den letzten Jahren ist die Leichtathletik, besonders der Lauf, sehr populär geworden, und es gibt kein Sportfest, bei dem die Sportlerinnen fehlen. Die Leistungen bleiben hinter denen der männlichen freilich etwas zurück, was einesteils auf geringere Uebung, dann aber auch auf die geringere Kraft des weiblichen Geschlechts zurückzuführen ist.

Diese geringere Kraft des weiblichen Geschlechts ist vor allem in der häuslichen Tätigkeit begründet, die physische Anstrengung nicht in dem Maße erfordert wie die meisten männlichen Berufe. Aber wir haben auch viele von männlichen Personen ausgeübte Berufe, die ebenfalls keine intensive körperliche Anstrengung bedingen, und trotzdem ist z. B. der Bureauarbeiter meist kräftiger entwickelt als seine Berufsgenossin. Hier trägt die falsche Erziehung die Hauptschuld. Viele Eltern sind auch heute noch der Auffassung, daß der Knabe sich wohl „austoben" dürfe, daß sich dies aber für ein Mädchen „nicht schickt". Dazu kommt dann noch die widernatürliche Kleidung, das erkrankenverursachende Korsett und die abscheulichen Stöckelschuhe, welche den Mädchen sogar einen Stundenmarsch zur Qual machen und ihnen nur ein Spazierengehen, richtiger „Trippeln", ermöglichen. Die Aerztin Dr. Alice Profé aus Charlottenburg sagt: „Kein Anatomiebuch zwingt zu der Annahme, daß die Struktur des weiblichen Körpers oder die besonderen Bedürfnisse desselben andere Uebungen zur Körperpflege erfordern als der männliche Körper." Prof. F. Gregorovius berichtet in seinem Buche „Die Insel Capri": „Die hübschen und freundlichen Mädchen von Capri sind das eigentliche Lastvieh der Insel, dieselben Mädchen von 14 bis 20 Jahren, deren Köpfe man in unseren Ländern auf Gemälden so oft bewundert. Ich habe sie bei der Arbeit gesehen, zu fünf Lagen schleppten deshalb dieser Mädchen eine Fracht von Luftsteinen auf ihren Köpfen den steilen Weg zum Kloster hinauf. Mich von dem Gewicht zu überzeugen, hob ich einen dieser Steine, und mit aller Kraft beider Arme gelang es mir, ihn so hoch zu heben, daß ich einen dieser reizenden Köpfe belasten konnte. . . An Schönheit und Liebreiz dürfte manche amerikanische, Pariser oder andere „Beauté" es wohl mit den Naturkindern von Capri aufnehmen. Von Kraftproben aber hört man kaum aus den Kreisen der rasch verblühenden Highlife-Schönheiten." — Von den Naturvölkern wissen wir ebenfalls, daß die Frauen dort schwere Arbeiten verrichten.

Aus alledem geht hervor, daß Frauen, die von Jugend auf an Kräfte fordernde Betätigung gewöhnt sind, es den Männern durchaus gleichtun können. Und da wahre Gesundheit mit einem gewissen Kräftevorrat untrennbar verbunden ist, so haben nicht nur die jungen Mädchen selber, sondern auch die Eltern die Pflicht, die meist vorhandene schwächliche Körperkonstitution des weiblichen Geschlechts durch vernünftigen Sport zu verbessern. Der natürliche Beruf als Mutter stellt oft größere Anforderungen an den weiblichen Körper als der Erwerbsberuf der Männer. Die Förderung des Mädchen- und Frauensports liegt daher im dringenden Interesse der allgemeinen Volksgesundheit.

Der Kursus für Leichtathletik des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (2. Kreis, 6. Bezirk) findet am 29. April, vormittags 8 Uhr auf dem Fichte-Turnplatz (Sandanger) statt.

Kraft- und Art.-Klub „Atlas" (M. d. AATSB). Sonntag, den 15. April, vormittags 1/2 11 Uhr, findet im Walhalla-Lichtspieltheater ein Herausforderungskampf im Ringen, Atlas I (Halle) gegen Germania-Felsenfest I (Halle), statt. Außerdem wirken noch mit Voyer, Radfahrer und Akrobaten. Der Kampf verspricht sehr spannend zu werden.

HFK. „Sportlust 07". Resultate vom 1. April 1923: I. — Wacker (Förderstedt). Spielte, durch Ersatz geschwächt, auf ungewohntem kurzen Platze 2:3. — II. — Wacker II (Förderstedt). Nach überlegenem Spiel 2:2. I. Jgd. — Fr. T. I. Jgd. (Weimar). Nach überlegenem Spiel 1:0. — 2. April 1923: I. — Fr. T. (Aschersleben, Bezirksmeister). Nach schönem flotten Spiel von ca. 3000 Zuschauern 2:4. II. — Fr. T. II (Aschersleben, Bezirksmeister) 0:3. I. Jgd. — Fr. T. I. Jgd. (Jena). Nach überlegenem Spiel 0:1. — Spiele am 8. April: 1 Uhr: 1 Jgd. — Leicha 1. Jgd. in folgender Aufstellung: Betz; Seeliger, Franke; Höpfner, Heinze, Bierdaß; Wolf, Ronneburg, Kling, Kahle, Fischer. — 9 Uhr: II. — Leicha II in folgender Aufstellung: Heinicke II; Heige, Blocksdorf; Sänger, Ballschuh, Haft; Henze, Strauba, Rosenbaum I, Blume, Naumann, Thiele. — 3 1/2 Uhr: I. — Leicha I: Barsig; Heinicke I, Gräbe; Geismaier, Autem, Sonneberg; Winkler, Böhme, Becker, Berend, Wagner. Treffpunkt: 3/4 11 Uhr Hauptbahnhof. — 8 Uhr: Spiel Cröllwitz I — Gröbers I, Brandberge. Schiedsrichter: R. Kölz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230407-12/fragment/page=0008